

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
25 (1911)**

64 (16.3.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-554147](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-554147)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einjährig 75 Pfg., bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 M., für zwei Monate 1,50 M., monatlich 75 Pfg. einschließlich Postgebühren.

Mit Sonntagsbeilage.

Inserate die fünfspaltige Spaltenbreite oder deren Raum für die Inserenten in Villingen-Wilhelmsaven u. Umgebend, sowie der Ziffern 15 Pfg., für sonstige ansonstige Inserenten 20 Pfg.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Wollen Inserenten aus kleinerer als der Spaltenbreite gesetzt werden, so werden sie auch nach letzterer berechnet. Restameile 60 Pfg.

Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Peterstraße 20/22. — Fernsprech-Anschluss Nr. 58, Amt Wilhelmshaven.

Filiale in Heppens: Almenstraße 21. Fernsprecher 530.

25. Jahrgang.

Bant, Donnerstag den 16. März 1911.

№. 64.

Die Hochwassermarke.

Die Debatten über Flottenbauten und Rüstungseinheit, die in der Nacht vom Montag zum Dienstag im englischen Unterhause geführt wurden, verdienen eine Beachtung, die lebhafteste Beachtung zu finden. Haben sie sich doch in einem Maß, wie es in Debatten auswärtiger Parlamente selten vorkommt, um Deutschland und deutsche Verhältnisse gedreht. Sowohl der Erste Lord der Admiralsität, Mac Kenna, wie der Minister des Auswärtigen, Sir Edward Grey, haben dabei ganz offen zu tun, daß das enorme englische Flottenbudget dieses Jahres, das in der liberalen Regierungspartei eine förmliche Rebellion hervorgerufen hat, von der Besorgnis vor dem Anwachsen der deutschen Flotte diktiert ist.

Aus den Berichten dieser denkwürdigen Sitzung des englischen Unterhauses vom 13. März entnehmen wir folgendes:

Das Unterhaus trat in die Debatte über das Marinebudget ein. Obgleich der Einfluss der Regierung innerhalb ihrer Partei einen Widerstand gegen die enormen Rüstungsforderungen kaum aufkommen läßt, macht sich doch in der letzten Zeit einiger Unmut darüber bemerklich. Namentlich haben prominente Parteivorsitzende in Yorkshire und Lancashire ihren Bedenken über den kolossalen Flottenetat, der alle durch die großen Besitztümer gewonnenen Uberschüsse aufzuwehren droht, Ausdruck gegeben. In der liberalen Presse wird die Opposition gegen das Rüstren immerhin noch an einigen Stellen laut. Namentlich läßt die große wirtschaftliche Zeitschrift „Economist“ am Marineminister Mac Kenna einfließende Kritik. Im Parlament hingegen ist jeglicher Widerstand bei den herrschenden Parteivorsitzenden ohnmächtig. Regierung und Opposition haben einmütig, wenngleich letztere noch mehr Schiffe verlangt, als der Etat fordert. Ein wesentlicher Teil der liberalen Fraktion ist mit der Regierung und namentlich Herrn Mac Kenna sehr unzufrieden, aber sie geben nach, weil sie das Kabinett deswegen nicht stürzen wollen. Die Kritik des Marineetats bleibt einer kleinen Gruppe einschläferter Radikaler überlassen.

Im Unterhause gab Mac Kenna auf Anfragen, die zu seiner Unternehmung arrangiert waren, Ziffern zur Beleuchtung der enormen Vermehrung der deutschen Flotte. Die sensationellste seiner Angaben ist, daß von 1904 bis 1910 der Prozentfuß für Neubauten in England um 16, in Deutschland um 166 Prozent gestiegen sei. Hierauf brachte der schottische Abgeordnete Murray Macdonald, der mit dem Präsidenten der Arbeiterpartei nicht zu verwechseln ist, eine Resolution ein, das Hans solle die enormen Rüstungen mit Scheiden und verlange die Gründe dafür zu wissen. Der radikale Vorleser unterstützte den Antrag. Herr Mac Kenna erklärte, die englischen Rüstungen beruhen nicht auf Feindschaft gegen irgend eine Macht, sondern auf dem Wachsen der deutschen Flotte. Er knüpfte daran die Mitteilung, daß er an seinen sensationellen Enthüllungen vom März 1909 über den deutschen Schiffbau festhalte und den Vorwurf der Vereinfachung des Parlamentes zurückweise. Er habe damals gewünscht, daß die deutschen Kontrakte für 1909 schon 1908 verprochen und ein großer Teil der Arbeiten fertiggestellt worden sei. Nun aber bestehe Grund zu glauben, daß die weitere Ausdehnung des deutschen Flottenplanes unterbleiben werde. In diesem Falle würde der englische Marineetat im nächsten Jahre eine Reduktion aufweisen. Der Minister schloß mit den bemerkenswerten Worten: „Wir geben jedoch kein Versprechen irgendwelcher Reduktion, bevor wir wissen und Versicherung darüber haben, wie sich die Entwicklung der auswärtigen Flotten gestaltet.“

Im Verlaufe der Debatte über die Ablehnung der Resolution Macdonald mit 276 gegen 56 Stimmen und über die Annahme des von der Regierung gebilligten Amendement Ring erklärt Sir Edward Grey, das Budget für die nächsten beiden Jahre sei nicht vor, was aber das erforderliche Maß hinausgehe. Die auswärtigen Beziehungen seien keineswegs gespannt. Wenn die Programme der anderen Mächte ihren normalen und beabsichtigten Verlauf nehmen, was man mit gutem Grund erwarten dürfe, hätte das Budget ungewissheit die „Hochwassermarke“, um den Ausbruch Mac Kennas zu gebrauchen, erreicht, und es würden Verminderungen eintreten, wie sie mit der Sicherheit des Reiches vereinbar seien. Der Staatssekretär kam dann auf die auswärtige Politik zu sprechen und betonte, die Zwiesprache zwischen Rußland und Deutschland habe ebenso wenig wie das Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich die Herzlichkeit der Beziehungen Englands zu den genannten beiden anderen Ländern beeinträchtigt. England wünsche nichts mehr, als daß seine Freunde mit anderen Mächten auf gutem Fuße stehen. Es empfinde darüber nur Gerngung, aber keine Eifersucht. Oesterreich-Ungarn wie England seien willens, zu den alten vertrauensvollen Beziehungen zurückzukehren. Grey zitierte

Jobann aus der Dezemberrede des deutschen Reichskanzlers, dessen Erklärung bezüglich der deutsch-englischen Beziehungen, einbüßend mit den Worten „das Maßrauen, das sich nicht bei den Regierungen, wohl aber in der öffentlichen Meinung selber vielfach geltend macht“. Hierbei legte Grey großen Nachdruck auf die Worte „nicht bei den Regierungen“, und fügte hinzu: „Ich nehme ganz und gar dieselbe Stellung ein“. Es sei auch in den letzten drei Jahren durchaus möglich gewesen, Differenzen zwischen den beiden Regierungen in freundschaftlichem Sinne zu besprechen. Das bedeutet keine Aenderung der englischen Politik. Die Regierung habe nicht den Wunsch, daß Englands Beziehungen zu Deutschland unendlich würden. Allerdings bildeten die Großmächte Europas, wie man gesagt habe, getrennte Gruppen, aber während der letzten fünf Jahre seien die Umstände, die diese Gruppen in Widerstreit mit einander hätten bringen können, mehr und mehr geschwunden.

Sir Edward Grey führte weiter aus, die Würde der Rüstungen sei eine größere Gefahr als der Krieg selbst. Sie bedeute ein Verbluten in Friedenszeiten. Da der Ausbruch „Beschränkung der Rüstungen“ sicherlich im Auslande Anstoß erregen und mißdeutet werden würde, habe er stets von einer „wechelseitigen Beschränkung der Ausgaben“ gesprochen. Natürlich könne ein eventuelles Abkommen mit Deutschland keine Aenderung des deutschen Flottenplanes herbeiführen. Ein Abkommen kam aber vielleicht zu einer Verlangsamung der Ausgaben führen oder dazu, daß das gegenwärtige Programm Deutschlands keine Steigerung erfahren würde. Dies könne Gegenstand der Erörterungen zwischen beiden Regierungen sein, und es wäre in jeder Beziehung vorteilhaft, wenn ein Abkommen erzielt werden könnte. Deutschland habe seinerseits Englands Budget niemals als eine Herausforderung angesehen. Es gelte, die etwaigen Meinungen aller Länder so zu beeinflussen, daß sie die Ausgaben der Flotten der Welt zum Stillstand bringen. Voraussetzlich ließe sich nur auf dem Wege des Schiedsgerichtswesens auf diese Ausgaben einwirken. Aber die öffentliche Meinung müsse darin noch einen großen Schritt vorwärts gehen. Zweimal in dem letzten Jahre, im März und im September, habe Präsident Taft höchst bedeutungsvolle Maßnahmen zur Förderung des Schiedsgerichtswesens angeregt. Der Gedanke Tafts sollte nicht ohne ein Echo bleiben. Die Regierung würde einen Vorschlag dieser Art mit Freuden begrüßen, aber es würde sich dabei um einen so gewaltigen und in seinen möglichen Folgen so weitreichenden Schritt handeln, daß er der entscheidenden Sanction des Parlamentes bedürfen würde, er glaube allerdings, daß man diese erhalten könne.

Die letzten Sätze Greys riefen, wie der parlamentarische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ konstatiert, lebhafteste Bewegung und enthusiastische Beifallsgeläutungen hervor. Das Parlament bürdete in tiefem Schweigen, als der Staatssekretär von der Empörung der Massen gegen den Steuerdruck sprach: „Wenn Ihr durch Steuern Hunger macht, dann seid Ihr in mehrbarem Abstand zu einer Revolte, die dann ein Ende machen wird.“

Das Unterhaus nahm nach Mitternacht ein von liberaler Seite gefälltes Amendement zu der radikalen Resolution gegen die Rüstungen an, während die Resolution selbst abgelehnt wurde. Das Amendement befragt die Rüstungen und fordert die Regierung zur Unterstützung des Schiedsgerichtswesens auf, spricht aber keine Kritik der vom Kabinett für notwendig befundenen Forderungen aus. Dieses Amendement wurde zwar nicht im Einverständnis mit dem Ministerium eingebracht, aber letzteres erklärte sich damit einverstanden, wie Sir Edward Grey als Führer des Hauses kundgab.

Solche Erklärungen sind ja an sich nicht neu, sie gewinnen aber durch ihre bestimmte Wiederholung an Schärfe und Eindringlichkeit. Man kann heute in gewissem Sinne sagen, daß der Flottenbau zwischen England und Deutschland eine gemeinsame Angelegenheit geworden ist. Die Beschlüsse des deutschen Reichstags über den Bau der deutschen Flotte sind von entscheidender Bedeutung für die Verhandlungen des englischen Unterhauses über den englischen Marineetat, und umgekehrt wird der Fortschritt des deutschen Flottenbaus durch englische Schiffbauten immer aufs neue angeregt. Ein solcher Zustand kann nicht ewig dauern, er muß zum Kriege führen oder zur Verständigung! Und da es vollkommen unnötig ist, an einen Krieg zwischen England und Deutschland zu denken, da weder diesseits noch jenseits der Nordsee ein geistig gesunder Mensch einen solchen Krieg wünschen kann, so bleibt eben nur die Verständigung übrig.

Der englische Marineminister hat den Sturm der Erregung in den Reihen der Arbeiterpartei und des bürge-

lichen Radikalismus durch die Erklärung zu beschwören versucht, der diesjährige Stand des Flottenbaus sei gleichsam eine Hochwassermarke, vom nächsten Jahre ab werde die Flut der Rüstungsausgaben wieder zurückgehen; er war aber so vorsichtig, hinzuzufügen, diese Erklärung gelte nur für den Fall, daß die Programme der anderen Mächte ihren normalen und beabsichtigten Verlauf nehmen.

Mit andern Worten: England will durch die Anstrengung des diesjährigen Etats seinen Flottenbau auf eine Höhe bringen, von der aus es die Durchführung des deutschen Schiffbauprogramms mit Ruhe betrachten kann. Bringt aber die deutsche Regierung im nächsten Reichstag eine neue Flottenvorlage ein und wird diese Vorlage genehmigt, dann wird es auch für England keinen Rückgang der Rüstungen geben, und die diesjährige „Hochwassermarke“ wird unter einer neuen Flutwelle verschwinden.

Die Kämpfe um den nächsten Reichstag werden also für die künftige Entwicklung der Rüstungsfrage von entscheidender Bedeutung sein.

Gewiß wird es in diesen Kämpfen nicht an chauvinistischen Stimmen fehlen, die unter Hinweis auf den neuesten Marineetat Englands eine Erweiterung des deutschen Flottenprogramms fordern werden. Ihnen wird zu entgegen sein, daß diese Erweiterung keinen Nachzuwachs für Deutschland bedeutet, weil ihr, nach den unabweisbaren Erklärungen der englischen Regierung, unmittelbar und gleichsam automatisch eine noch viel stärkere Vergrößerung der englischen Flotte folgen würde.

Einmal muß aber ein Schwerpunkt gemacht werden. Europa kann nicht allen Dampf, aber den es verflagt, in zwei Haken Mandieren aus dem Meer spazieren fahren, es braucht auch Werkzeuge und Maschinen. Es kann nicht alle Menschen mit dem Bau von Schiffen und der Anfertigung von Kanonen beschäftigen, denn es braucht Leute, die die Felder bestellen und Brot backen. Das beliebte Schlagwort von der „nationalen Versicherung“, die durch Militär- und Marineausgaben bewirkt werden soll, wirkt geradezu lächerlich, da die „Versicherungsprämien“ schon den Wert des Objekts so übersteigen drohen. Haben doch die Rüstungen des letzten Reichensalters jeden der beteiligten europäischen Staaten so viel gekostet wie ein paar verlorene Kriege!

Die Vernünftigkeit des Gedankens, die fatale „Versicherungsprämie“ durch freundschaftliche Verständigung und Minderung des Risikos herabzubringen, leuchtet unmittelbar ein. Darum wird auch die Sozialdemokratie das Ihre tun, um die nächsten Reichstagswahlen zu einem übermächtigen Friedensbekenntnis des deutschen Volkes zu gestalten. Ein Freundschaftsbund Deutschlands mit den Westmächten, wie ihn die Sozialdemokratie anstrebt, bedeutet die Befreiung Europas von dem doppelten Alb der Kriegsfurcht und der wachsenden Rüstungslasten. Es bedeutet für keinen der beteiligten Staaten einen Nachteil, aber für alle zusammen unendlich materiellen und moralischen Gewinn.

Politische Rundschau.

Bant, 15. März.

Die Reichswertzuwachssteuer und die Gemeinden.

In § 60 des Wertzuwachssteuergesetzes ist den Gemeinden, in denen schon eine Wertzuwachssteuer besteht, das Recht gegeben, mit Zustimmung des Reichstages anstelle der Vorschriften des Gesetzes bis zum 1. April 1915 die bisherige Satzung weiterzubehalten zu lassen. Der preussische Minister des Innern hat nun in einem Erlass an sämtliche Regierungspräsidenten — datiert vom 25. Februar d. J., diese aufgefordert, die Gemeinde zu veranlassen, entsprechende Anträge einzureichen. Er bemerkt dabei aber, daß im Interesse einer Verhütung von Komplikationen auf diesem schwierigen Gebiete derartige Anträge durchaus unerwünscht sind und daß sie daher Aussicht auf diesseitige Befürwortung nur unter der Voraussetzung haben, daß sie durch ganz besondere Verhältnisse begründet erscheinen.

Solche „ganz besonderen Verhältnisse“ werden natürlich nur in sehr wenigen Gemeinden vorliegen; der Erlass des Ministers hat also zur Folge, daß die gesetzliche Bestimmung so gut wie völlig außer Wirksamkeit gesetzt wird. Die Gemeinden haben alle Ursache, sich gegen ein solches unzulässiges Verfahren zu wehren, umso mehr als es sich hier um eine wichtige Schutzbestimmung für die Gemeinden handelt. Die Stadtoverordnungsversammlung zu Magdeburg hat bereits beschlossen, einen Antrag auf Weiterbefreiung der Gemeindefürsorge zu stellen, obwohl der Magistrat das Gegenteil angetragen hatte.

Die Verfassung für Groß-Vohringen.

In der Dienssitzung hat die Kommissionsmehrheit den Kompromißvorschlag der Regierung angenommen. Mit



18 gegen 9 Stimmen wurde folgendem Zentrumsantrage zugestimmt: „Das Reichsland Elbisch-Bohringen gilt im Sinne der Art. 6, Absatz 2 und Art. 7 und 8 der Reichsverfassung als Bundesstaat. Die Staatsgewalt wird in ihm vom Kaiser ausgeübt.“ Dafür stimmten Zentrum, Nationalliberale, Fortschrittler, ein Reichsparteiler und ein Volk. Die Bestimmung, die im Antrage enthalten war, der Kaiser übe die Reichsgewalt „im Namen des Reichs“ aus, wurde mit 14 gegen 13 Stimmen gestrichen.

Die vorhergehende Debatte war sehr lebhaft. Der Reichsparteiler v. Dürren besagte das zu große Entgegenkommen der Regierung, das in der Gewährung von drei Bundesratsstimmen liege. Die Bestätigung des Bürgermeisters Forst in Pöhl habe einen bösen Eindruck gemacht. Der Ministerpräsident (Weimar) erwidert in dem Entgegenkommen geradezu eine Entmannung Preußens. Daß die Elbisch-Bohringer für die Selbständigkeit noch nicht reif seien, gehe aus ihrer ablehnenden Haltung gegen die Militärverträge hervor. In ähnlicher Weise äußerten sich auch die konservativen Abg. Winkler und Wagner, letzterer erwiderte sogar in der Vorlage ein Ausnahmestück gegen Preußen. Abg. Spahn erklärte die Zustimmung seiner Partei zu den Regierungsvorlägen. Die Bestimmung, daß die Elbisch-Bohringischen Bundesratsstimmen nicht gestrichl werden sollten, wenn Preußen nur mit diesen Stimmen die Mehrheit haben würde, solle verhindern, daß der Einfluß Preußens im Bundesrat durch die Neuordnung vergrößert werde. Abg. Müller-Meinings und Abg. Wasserhagen erkannten an, daß Preußen ein gewisses Entgegenkommen gezeigt habe.

Die sozialdemokratischen Redner, Böhle und Ledebour, erklärten, daß sie ihre entgeltliche Stellung von der Gehaltung des Gesamtgesetzes abhängig machen würden, namentlich aber auch davon, auf welcher Grundlage die Landgesetzgebung aufgebracht und wie das Wahlrecht gestaltet werde.

Staatssekretär Debrich bestritt, daß Preußen einmühtig werde. Das würde richtig sein, wenn man Preußen die Vertretung Elbisch-Bohringens im Bundesrat abgetrotzt hätte. Aber Preußen selbst habe den entsprechenden Vorschlag gemacht. Die weitere Beratung wurde auf Mittwoch vertagt.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhause erwiderte am Dienstag die Regierung, die untergeordneten Organe auf die vermehrte Errichtung von Schulen für schwachbegabte Kinder hinzuweisen und dafür zu sorgen, daß auch in diesen Schulen der konfessionelle Charakter gewahrt werde.

Welter beschäftigte sich das Haus mit den Ostmarkenzulagen, für die sich eine große Mehrheit fand, und endlich ging man zur Beratung des Fonds von einer Million Mark für die Jugendpflege über. Aus den Reden der Abg. Heckenroth (Köln) und Reiterlich ging deutlich hervor, daß es sich in der Hauptsache um die Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugendbildungsbestrebungen handelt. Nach lebenslänglicher Debatte wurde die Sitzung auf den Abend vertagt.

Der Deutsche Landfriedensbruchprozeß.

In der Verhandlung am Dienstag bestritt Genosse Frühlich entschieden, gesagt zu haben, die Baustelle müsse geändert werden, in Preußen sei alles erlaubt, man dürfe sich nur nicht erwehren lassen. Er habe vielmehr stets zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt. Vorliegender: Warum wollten Sie die anderen Leute (die Arbeitswilligen) nicht arbeiten lassen? Frühlich: Die Arbeiter haben das gesetzliche gewerkschaftliche Recht, Streikposten aufzustellen und die Arbeitswilligen in Höhe zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen. Mit Gewalt wird niemand daran gehindert, zu arbeiten. Wir tun das, was die Unternehmer bei Ausperrungen tun, die sogar gewaltsam andere Unternehmer zwingen, sich ihnen anzuschließen. Vorliegender: Haben Sie während des Streiks Zulagen erhalten? Frühlich: Nein, niemals. In der Anklageschrift wird behauptet, daß ich monatlich 280 Mk. Gehalt bezüge; das ist eine Lüge. Ich erhalte 2150 Mk. jährlich, also monatlich noch nicht 180 Mk. Vorl.: Haben Sie denn während des Streiks Zulage erhalten? Frühlich: Auch das ist gelogen. In der Anklage wird es so hingestellt, als hätte ich ein materielles Interesse daran gehabt, den Streik lange hinauszuziehen. Das Gegenteil ist richtig. Bei der letzten großen Ausperrung habe ich von meinem Gehalt 162 Mk. in die Streikkasse abgeführt. Ich werde hier als Schurke hingestellt, der zum Streik geführt hat, um Geld dabei zu verdienen. — Hier wurde Frühlich von seiner Erregung übermannt und von einem heftigen Weinstampfe befallen. Sein Verteidiger Schrammen I gab ihm den Rat, wegen seiner Erregung die weitere Vernehmung abzulehnen. Frühlich beruhigte sich und die Vernehmung konnte fortgesetzt werden.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung bestritt der Angeklagte Dipper, den Tod des Schuhmanns Koffel verursacht zu haben. Er selbst sei niedergeschlagen worden und habe, als er sich aufrichtete, einen Schuhmannsfaß gefunden und damit die Hiebe der Polizisten abgewehrt. Der Hieb aber, der den Tod Koffels herbeigeführt habe, müsse von einem anderen Schuhmann geführt worden sein.

Es begann dann die Vernehmung der Zeugen. Der Unternehmer Tatas, bei dem der Streik ausbrach, behauptet, als Tiefbauunternehmer habe er für Grund und Abdrucksarbeiten die tarifmäßig festgesetzten Löhne nicht zu zahlen brauchen. Tatsächlich hat er selbst den Tarif mit unterschrieben, selbst aber aus, als er die Baustelle in Preuß übernahm, weil er die Löhne nicht zahlen wollte. Er behauptet, der Streik habe ihm einen direkten Schaden von 1500 Mk. und einen indirekten von 10 000 Mk. verursacht.

Der Zeuge Betram, ein Arbeitswilliger und Kronzeuge der Anklage, verlegte vollständig. Er befandete, niemals sei er von Frühlich bedroht worden, wie es in der Anklage heiße, vielmehr habe er ihn anständig angeprochen und ihn ruhig stehen lassen. Allerdings sei er von anderen

bedrängt worden, aber nicht von einem der Angeklagten. — Die Verhandlung wurde dann auf heute, Mittwoch, vertagt.

Deutsches Reich.

Siegen-Ridda. „Zu unserer Befriedigung“, erfährt die „Tägliche Rundschau“, daß der Reichswahlbeirat des national-liberalen Wahlvereins in Siegen, in leitenden national-liberalen Kreisen die härteste Mißbilligung erfährt. Es sei die Einberufung einer Volksoberversammlung in Siegen geplant, um diesen Beschluß zu fertigen. Aber selbst die „Tägliche Rundschau“ muß zugeben: „Erfürbar wird die Haltung des Parteiaussschusses in Siegen-Ridda nur durch die ungebührliche Erbitterung, mit der der Wahlkampf geführt wurde, in dem sich namentlich die antisemitischen Redner bedenkliche Exzesse erlaubten. So soll der Kandidat der Reformpartei, Werner, die Nationalliberalen eine Partei der Schurken genannt haben. Wäre das wirklich der Fall, so wäre es selbstverständlich, daß der antisemitische Kandidat zunächst seine Beleidigung öffentlich zurückzunehmen hätte.“ — Werner wird es sicher keine Ueberwindung kosten, sämtliche Nationalliberalen, die sich bereit erklären, für ihn einzutreten, für Edelmeinen zu erklären. Die Nationalliberalen, die nicht so weit stehen, daß sie einen Antisemiten Werner'scher Färbung verdauen könnten, werden für ihn „Schurken“ bleiben.

Der „Mißere“ Reichsverband. Der Generalsekretär des Reichsverbandes für die Provinz Sachsen, Michaelis, hat alle Hände voll zu tun, das am letzte Ende der von ihm mit schwerer Mühe gegründeten Ortsgruppen zu verhindern. Er verhandelt daher mit den bisherigen und ehemaligen Mitglieder vertrauliche Rundschreiben, in denen er sie unter Berücksichtigung auf den bevorstehenden schweren Reichstagswahlkampf beschwört, der Sache des Reichsverbandes treu zu bleiben. In einem dieser Rundschreiben, das an die Reichsverbandler in Bitteren, einer Landstadt bei Halle, gerichtet ist, befragt er ihnen, daß es ihm nicht gelungen sei, einen Vorliegenden für die Ortsgruppe zu finden. Er habe jetzt jede Hoffnung aufgegeben, jemanden zur Uebernahme dieses Amtes zu bewegen. — Wohlwollige Beziehungen herrschen in vielen Orten. Wenn sich z. B. die Ortsgruppe in der Großstadt Halle verjammelt, pflegen in Summa etwa 30 Reichsverbandshelden beisammen zu sein.

Pretest gegen jüdische Methoden. In Bogtsberg bei Delitzsch im Bogt haben sämtliche sozialdemokratischen Gemeindevorsteher und Erbkatheten ihre Mandate niedergelegt. Unsere Genossen hatten im Gemeinderate die Mehrheit, und Genosse Edwin Müller, der dem Gemeinderat nun seit 12 Jahren angehört, wurde einstimmig zum Gemeindevorsteher gewählt. Die Amtshauptmannschaft verweigerte die Befähigung, da Müller „sozialdemokratischer Agitator“ sei. Eine Beschwerde an die Reichshauptmannschaft war erfolglos; es wurde vielmehr eine Neuwahl angeordnet, die aber wieder auf den Genossen Müller fiel. Nun forderte die Amtshauptmannschaft Delitzsch eine andere Wahl; das Amt werde sonst durch die vorgelegte Behörde besetzt werden, und außerdem würde die Gemeinde die Kosten zu tragen haben.

Der Gemeinderat entschied sich hierauf zu einer anderen Wahl, der nach sechs Wochen ebenfalls die Befähigung verweigert wurde, da der Gewählte „der sozialdemokratischen Partei angehöre.“

In einer öffentlichen Einwohnerversammlung wurde dann einstimmig eine Protestresolution angenommen, in der die Gemeindevorsteher aufgefordert wurden, ihre Mandate niederzulegen. Diefem Beschlusse sind die sozialdemokratischen Vertreter nun nachgekommen, jedoch die Gemeinde Bogtsberg, ein Ort von etwa 3000 Einwohnern, gegenwärtig ohne beschließfähige Vertreter ist.

Der Festzug gegen die Jugendbewegung. Auch die Polizei in Pleschnitz hat die Auflösung einer nicht bestehenden Jugendorganisation verfügt. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsartikels, Genosse Wal, erhielt ein an die Kommission der freien Jugend-Organisation „adressiertes amtliches Schreiben, in dem ihm mitgeteilt wird, daß die freie Jugendorganisation auf Grund des Reichsvereinsgesetzes „aufgelöst“ werde, weil sie ein politischer Verein sei. — Da in Pleschnitz noch nie eine Jugendorganisation bestanden hat, der Empfänger auch nicht einmal dem dortigen Jugend-Ausschuß angehört, wurde das Schreiben der hochwohlwolligen Polizei, die in ihrem Eifer nicht einmal Jugend-Ausschuß und Jugend-Organisation auseinander zu halten versteht, mit einer höflichen, aber auch deutlichen Antwort zurückgeschickt.

Landfriedensbruchprozeß in Rottbus. Gestern, Dienstag, begann vor dem Landgerichte in Rottbus ein Landfriedensbruchprozeß gegen 15 Holzarbeiter, die im November 1910 bei der Firma Schäge-Jünkerwolde die Arbeit niedergelegt haben. Es kam zu Zusammenstößen mit Streikbrechern, bei denen der Arbeitswille Diefel verletzt wurde. In der Verhandlung traten fünf Polizisten, ein Gendarm und der Verletzte als Belastungszeugen auf. Die Angeklagten wurden vom Rechtsanwalt Heine-Berlin verteidigt. Das Urteil soll heute, Mittwoch, gesprochen werden.

Rußland.

Das russische Ultimatum an China. Der russische Gesandte hat den Kaiser erhalten, dem Weloupa eine Note zu überreichen, in welcher erklärt wird, daß die russische Regierung erblicke in der Antwort der chinesischen Regierung über die Beschränkung des russischen Handels durch Monopole und über die Errichtung von unfreundlicher Gesinnung seitens Chinas. Dieses enthielt den genauen Sinn der Vertragsbestimmungen durch sein Bestehen, den den russischen Unterleuten und dem russischen Handel gewährten Vertragsrechten jede Bedeutung zu nehmen. Die russische Regierung fordert die chinesische Regierung auf, die Folgen einer derartigen Handlungsweise zu erwägen, die unermesslich zu einer Siedung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und China führen würden.

Wegito.

Friedensunterhandlungen sind in Newport im Gange.

Die Waise der Verhandlungen bildet die Forderung der Insurgenten nach unbefristeten Wahlen, für welche der Minister Rimantour, der allezeitiges Vertrauen genießt, die Garantie geben soll.

Wie das Deutsche Bureau erfährt, hat der mexikanische Finanzagent in London ein Telegramm von dem mexikanischen Finanzminister erhalten, welches besagt, daß die Schwierigkeiten mit den Vereinigten Staaten beseitigt seien, da diese bereit erklärt haben, ihre Kriegsschiffe aus den mexikanischen Häfen zurückzuziehen, sobald sie Kohlen eingenommen haben. Die Vereinigten Staaten hätten ferner ihre Erklärung wiederholt, daß die Truppenbewegungen an der Grenze keinen anderen Zweck hätten, als die Neutralitätsgehalte zu erfüllen.

Reine politische Redaktionen. In Hannover gründete sich ein Verein der Zeitungsredakteure für Nordwestdeutschland. — Die Basiler Postarbeiter erwiderten die Frage des Generalstreiks aller französischen Hafenarbeiter. Die Beschlüsse werden geheim gehalten. — Bei einem Zusammenstoß zwischen ausländischen Arbeitern der Konfervenfabriken in Genau (Bormling) und Gruppen wurden zwei Ausländer getötet und andere verletzt. — Von den Professoren der Universität in Wien, die ihren Abschied eingereicht haben, sind dreizehn ihres Amtes entbunden worden.

Gewerkschaftliches.

Zur Tarifbewegung im Holzgewerbe. Trotzdem im „Arbeitsbeschauverband“ die Treibereien fortbauern und eine Anzahl Bezirksverbände der Arbeitsbeschauorganisation gegen die friedliche Tarifbewegung Sturm laufen, wurden bisher die Verhandlungen mit Erfolg fortgesetzt. Das zentrale Schiedsgericht hat jetzt eine größere Anzahl Schiedssprüche gefällt, deren Anerkennung durch die Ortsparteien noch aussteht. Zum Teil haben allerdings die Ortsverbände sich schon vorher mit dem Schiedspruch einverstanden erklärt. In Bremen und Neumünster haben die Verhandlungen der Arbeitgeber und der Arbeiter dem Verhandlungsergebnis zugestimmt.

Lohnbewegungen im Gärtnergewerbe. Zum Frühjahr rüsten sich seit einer Reihe von Jahren die Gärtner regelmäßig, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Für dieses Jahr sind an ca. 20 Wägen Lohnbewegungen vorbereitet; dazu kommen noch weitere, die an einzelnen Orten sich auf Einzelbetriebe beschränken.

Lokales.

Sant, 15. März.

Achtung, Wähler Rüstingens!

Seht die Wählerlisten nach, die auf den Gemeindebureau jetzt ausliegen. Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen!

Das Bürgervorsichterkollegium im Kampfe gegen die Sozialdemokratie.

Dem sogenannten Nationalen Arbeitersekretariat, einem mythischen Gebilde des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie hier scheint man wieder Dem einfließen zu wollen und hierfür hat das Wilhelmshavener Bürgervorsichterkollegium, ohne daß dabei ein Wort der Kritik gefallen wäre, die nötige Munition geliefert. Es hat bei der gestrigen Ortsberatung für diesen Bescheid 500 Mk. bewilligt. Mit Recht fragte B.-A. Saenger, was denn das Nationale Arbeitersekretariat eigentlich vorsetzte; man sehe und höre nichts von ihm. Da wurde ihm von verschiedenen Seiten zugerufen, das sei ein Gegengewicht gegen das „sozialdemokratische“ Arbeitersekretariat und ein Maßwerk des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. Der Bürgermeister befragte dies.

Da hätten mindestens die beiden Arbeiter, die im Kollegium sitzen, aufstehen und sagen müssen, diesen Fauschlag verziehen wir der organisierten Arbeiterkraft nicht mit; solche Politik gehört überhaupt nicht ins Stadtparlament. Nichts von alledem. Rein Wort der Kritik hätte man und stillschweigend wurde auch diese Position genehmigt, trotzdem die 500 Mk. an anderem Orten wahllos sehr nötig sind.

Das Kollegium hat sich damit, vielleicht ohne daß es sich dessen recht bewußt geworden ist, zum Mitverbänderten der Reaktionskräfte gemacht im Kampfe gegen die organisierte Arbeiterkraft.

Das ist tief bedauerlich und trägt gewiß nicht dazu bei, das Vertrauen der hauptsächlich von Arbeitern bewohnten Nachbargemeinden zur Stadt Wilhelmshaven zu haben.

Achtung, Bürgervereinsvorsitzende! Morgen (Donnerstag) abend findet eine gemeinschaftliche Vorstandssitzung der sieben Bürgervereine des Amtes Rüstingens im Restaurant „Zu den vier Jahreszeiten“, Bödenstr. 28, statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung müssen alle Vorstandsmitglieder erscheinen. (Siehe Inserat in heutiger Nummer.)

Eine Schneiderversammlung wird heute abend in den vier Jahreszeiten den Bericht über die Versammlungen mit dem Arbeitgeberverband entgegen nehmen.

Wilhelmshaven, 15. März.

Mehrbelastung der Hebelandzentrale in Wiesmoor. Der Regierungspräsident hat genehmigt, daß sich die sämtlichen Areale des Regierungsbezirks mit den Siemens-Schuckertwerken zum Bezug von elektrischer Energie von der Hebelandzentrale Wiesmoor in Verbindung setzen.

Die Ausstellung Oldenburger Künstler wird noch immer zu belücht, so daß der Ausstellungstermin vorläufig bis zum 19. März verlängert wurde.

Schwimmbaden. Einige Personen gehen sich hier zurzeit als Bundeslänger aus. Sie jagen die Hühner und Hunde der mit ihnen spazierenden Damen weg und ziehen von den Damen gleich das Köfigel — je 3 Mark — ein. Man ist den finstigen Köfigeln oder bald auf die Spur gekommen. —

Eine gleich gefährliche Sorte Menschen verdient jetzt hier auch wieder die Bodenstücken der Dienstmädchen. Die Diebe haben es in erster Linie auf Geld und Geldeswert abgesehen.

Die Verhandlung gegen den Leutnant J. G. Spoliti. der in der Weinstraße während eines Schiffschiffes mit einem Weineisenden hatte, wird am Freitag vormittag vor dem Kriegsgericht hier stattfinden.

Wahlmitleid. Gestern abend ging hier als Novität Karl Schönberrers Tragödie „Glaube und Heimat“ vor aus bestem Hause in Szene. Schönberr gibt in seinem historischen Bild über die tragische Beispiele von Intolleranz zur Zeit der Gegenreformation im 17. Jahrhundert. Man muß sich in jene Zeit hineinversetzen, die den Anhänger der ein Jahrtausend alten Glaubensrichtung sich mit furchtbaren Brutalität gegen diejenigen wandten, die den evangelisch-lutherischen Glauben annahm. Wie heute jedermann, der sozialistisch denkt, von den „Nationalen“ als Ketzer verachtet ist und am liebsten verbrannt werden möchte, so wurden damals die Lutheraner verfolgt. Massenhaft wurden die Familien von Haus und Hof verjagt, selbst geköpft oder gefoltert. Schönberr zeigt in seinem Bild „Glaube und Hoffnung“ wie die Familien von ihrer Scholle gerissen werden, an der sie so zärtlich hängen, wie der Meister des Kaisers, der die Protestantenverfolgung vornimmt, vor Nord und Todesschlag nicht zurückzuckt, während diejenigen, die dem neuen Glauben abfinden, alle Gnade vor ihm finden. Das Bild ist sehr spannend und dürfte hier genutz auch noch wiederholt werden.

Die Aufführung war wieder eine Glanzleistung der Gesellschaft, an die große Anforderungen gestellt wurden. Ganz besonders gefiel Direktor Steiner als Christus Kott, der mit seiner Familie über die Grenze getrieben wird. Den alten Vater Kott, der am Rande des Grabes steht und schließlich auch noch sich als Protestant erklärt, gab ergreifend Herr Bergen; den wahninnig gewordenen Bauern Sandberger Herr Karling. Die Frau des Christus Kott wurde durch Pauline Maria Sennhuber, der die Bauerngüter der Vertriebenen aufzufaube Engelbauer durch Herrn Felden und der Meister des Kaisers durch Herrn v. Bändinger trefflich wiedergegeben. Auch die sonstigen Rollen lagen in den besten Händen, so daß das Stück einen durchschlagenden Erfolg hatte.

Zum Schauspiel „Der Wahrheitsfucher“, das morgen abend von Mitgliedern des Bremer Stadttheaters in Burg Hohenzollern zur Aufführung kommt, wird berichtet, daß dieses Stück in seiner gegen die Ägide der Gesellschaft gerichteten Tendenz an Jbsen erinnert und daß es sehr wirksam ist.

Im Kaiserpanorama ist in dieser Woche eine interessante Serie von Bildern vom Leben und Treiben in Sibirien und Java zu sehen. Die Bilder sind für Erwachsene und Kinder gleich lehrreich.

Aus dem Lande.

Danzigstermoor, 15. März.

Die Freie Turnerschaft geht am Sonntag im „Fürsten Bismarck“ das erste Stiftungsfest. Der junge Verein wird den Freunden und Gönnern an diesem Tage Proben seines Könnens ablegen. Auch die Schülervereine werden mitwirken. Ein volles Haus ist dem Verein sicher.

Barrel, 15. März.

Achtung Fischer! Bei Fischernmeister J. Wientzen sind Lohndifferenzen ausgebrochen. Die durchreisenden Kollegen werden gebeten, hieron Rottz zu nehmen.

Die letzten Regentage haben eine Unmenge Wasser gebracht, so daß die niedrig gelegenen Weiden unter Wasser stehen und die Gräben in den übrigen Weiden zum Überlaufen voll Wasser sind. Dort wo man bereits mit den Feldarbeiten begonnen hatte, hat man diese wieder einstellen müssen, da der Boden bei dieser Nässe nicht bearbeitet werden kann, namentlich wenn es sich um Rehm- oder Kleiboden handelt.

Renneweg, 15. März.

In öffentlicher Versammlung wird am Sonnabend abend 8 Uhr im Lokale des Herrn Reisingerdes Redaktor Wege über die kommenden Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie referieren. Den Gegnern wird weitgehendste Redefreiheit zugesichert. Zu dieser Versammlung sind auch die Frauen eingeladen.

Oldenburg, 15. März.

Der Landtag schlo heute seine Beratung über die Forderung des Besteuerungsgesetzes ab. Weiter stand auf der Tagesordnung die Denkschrift über die Besoldungsvorlagen sowie der Bericht des Eisenbahn-Kassachusses über eine geheime Vorlage der Regierung.

Die Eröffnung des Gewerkschaftshauses (Kurwidstr. 2) findet am Sonnabend den 18. März, nachmittags 6 Uhr, statt. Die offizielle Feier beginnt abends 8 Uhr unter Mitwirkung der Arbeiter-Gesangsvereine. Besichtigung der Räume am Dienstag den 21. März, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr. Die Partei- und Gewerkschaftsgenossen wollen sich zu recht zahlreicher Beteiligung einfinden.

Die Erspargungskasse erzielte 1910 einen Reingewinn von 95576 Mt.

Rordenham, 15. März.

Frantag. Wie in ganz Deutschland, so findet auch in Rordenham am Sonntag den 19. März und zwar nachmittags um 4 Uhr in Rehners Lokal eine öffentliche Versammlung statt mit dem Thema: „Das Frauen-Wahlrecht, eine Kulturforderung“. Die Vorbereitungen sind

bereits getroffen. Montag ist hier das vom Parteisekretariat herausgegebene Flugblatt „Der mit dem Frauen-Wahlrecht!“ von den Genossinnen zur Verteilung gelangt. Dierzehn Genossinnen hatten sich freiwillig zur Verfügung gestellt. Das Referat hat ebenfalls Adolf Schulz-Bant übernommen. Männer und Frauen des westfälischen Volks von Nordenham sorgt, daß dieser Frauentag eine massenhafte Demonstration wird. Keiner darf fehlen in dieser Versammlung. Also auf am 19. März zur Versammlung nach Rohners.

Brake, 16. März.

Sonderbare Geschäftsleute sind die hiesigen Schlächter. Da das Fettwech gegenwärtig im Preise hoch steht, haben sie den Preis für das Pfund Fleisch um 10 Pfennig erhöht. Davon aber, daß das Schweinefleisch, da die Schweine im Preise sehr heruntergegangen sind, billiger geworden ist, hört man nichts. Vielleicht bestimmen sie sich schon, vielleicht auch nicht.

Das Musterungsgeschäft für den Aushebungsbereich Brake wird im Hotel Vereinigung, Bohnhofstraße, abgehalten und zwar:

am Sonnabend den 25. März: Musterung der Jahrgänge 1889, 1890, 1891 und der Älteren aus der Stadt Brake und den Gemeinden Hammelwarden und Holzwarden, mit Ausschluß der katholischen Mannschaften aus diesen Gemeinden.

am Montag den 27. März: Musterung derselben Jahrgänge aus den Gemeinden Norderfisch, Ovelgüne und Strüchhausen, sowie der katholischen Mannschaften aus den Gemeinden Brake, Hammelwarden und Holzwarden, am Dienstag den 28. März: Musterung derselben Jahrgänge aus den Gemeinden Schwei und Deesdorf.

Das Musterungsgeschäft beginnt am sämtlichen Tagen pünktlich morgens 8 1/2 Uhr.

Keine Mittellagen aus dem Lande. Die unverschickte Luise Suedt in Wuri wurde in einer Regenwasser-Bittere tot aufgefunden. Man nimmt an, daß sie beim Wasserholen hinunterfiel und ertrank. Am Montag abend brante das Haus des Schillers G. de Bule in Orlowaringsen sehr seltsam nieder. Von dem Mobilien konnte nur wenig gerettet werden.

Nus aller Welt.

Die Erdgase bei Neuenamme als Ballonfüllung. Die Erdgase sollen jetzt zur Ballonfüllung benutzt werden. Die ersten Fahrten mit dieser Füllung machen „Hamburg“, die bei einem Eigengewicht von 410 kg imstande sein wird, eine Anzahl inf. Ballast von ca. 400 kg aufzunehmen und „Harburg“, die bei 360 kg Eigengewicht befähigt sein wird, 280 kg zu tragen. Große Fahrten läßt sich mit dem Erdgas freilich nicht unternemen, da es sehr leicht verflüchtigt.

Die Margarinevergiftungen. Die Strafkammer I des Landgerichts in Altona hat nunmehr beschloffen, gegen den Margarinefabrikanten G. Mohr wegen der Erkrankungen bezw. Vergiftungen nach dem Genuß von Badamargarine das Hauptverfahren zu eröffnen, das in den ersten Tagen des April stattfinden. Die Verteidigung hat Justizrat Dr. Wahlstein annehmen.

Zum Tode verurteilt wurde vom Schwurgericht in Halberstadt der Invalide Beder, der am 26. Januar d. J. in Ilseburg seine 68jährige Frau, seine Schwiegermutter und deren zwei Kinder mit einem Beil erschlug. Beder war mit seiner Familie verheiratet, wohnte jedoch mit dieser in demselben Hause. Er war ein starker Trinker.

Eine Krankenheilerin als Rindesmörderin. Im Schweinesteh in der Kleiststraße in Berlin wurde laut „Voll. Zig.“ die vor kurzem aus Steina dort eingetrossene 31jährige Krankenheilerin Hedwig Wenzsch von einer Schwefelrinne in bewußtlosem Zustande aufgefunden. In der Charite stellte man fest, daß die W. kurz vorher Mutter geworden sein mußte, und bei der Untersuchung des Falles wurde denn auch in dem Schweinesteh in einem Schrank die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. Das Kind hatte einen Wappenstein im Munde und ist wahrscheinlich erstickt worden. In dem nunmehr mit der Schwefelrinne angelegten Verhör verwickelte sie sich in Widersprüche; sie wurde deshalb als des Rindesmordes dringend verdächtig der Befragung abteilung der Charite zugeführt.

Aus Eberstadt künfte in Berlin die 35jährige Witwe Berta Kömer ihren 30jährigen Liebhaber, den Buchhalter Alfred Richter zu vergiften, indem sie ihm Branntöl auf Brüchchen streute. Schon beim ersten Bissen spürte Richter das Gift und spuckte das Brot wieder aus. Auf der Unfallstation bekam er ein Gegenmittel. Als die Polizei in die Wohnung erschien, fand man die Frau Kömer in den letzten Zügen. Sie hatte auch Gift genommen.

Keine Tageschronik. Der Gatte der bekannten Schauspielerin Kutsch-Buche, Dr. Beerbaum, hat sich in Berlin erschossen. — Eine ganze Polizeibeamtensfamilie wurde durch ein Schussverbrechen in Raumburg a. d. S. Die Strafen gingen hinauf bis zu zehn Jahren Zuchthaus. — Der Wirtshausbesitzer Kämmer wurde auf der Polizeistelle in Planitz von Jäger der Reichsbahn-Inspektoren-Quartier beschuldigt und auf der Stelle getötet. — Nach und nach um zehn 10000 Mark betragende wurde in Berlin ein Schlächtermeister von seinem 27jährigen Dienstmädchen. — Bei Dornbaum (Wolzen) stolperte der Eigentümer Friedrich auf der Jagd, das Gewehr entlud sich und t. laut tot nieder. — Auf der Jagd des Rarl Theodor in Dornberg a. Rh. durchschlag die Schießscheibe die Federklinge, auf der sich Leben Arbeiter befanden. Zwei wurden sofort getötet, ein dritter wurde lebensgefährlich verletzt. — Zwei russische Fabrikanten verühten in einem Hotel in Weiden (Oberpfälzen) Selbstmord, nachdem sie ihr Vermögen veräußert hatten. — In Frankfurt wütete am Montag und Dienstag ein heftiger Sturm begleitet von Frost und Schnee.

Eingefandt.

Die Werksmaler.

Dehnte Klage wird wieder von den Arbeitern der Malerwerkstatt der H. West Ressor III geführt über die eigenmächtige Handhabung des Abschreibens der Akkordarbeiten durch die Werksmalerbeamten. So sind am 15. Febr. die Renovierungsarbeiten auf der „Olfriesland“ sowie der „Deutschland“ anlässlich des Kaiserbesuches in Akkord vergeben und am 4. März beendet worden. Nach bisher geübter Praxis hätte dieser Akkord, nachdem er in der 43. Lohnperiode — 6 bis 11. März — verrechnet worden, mit der Zahlung am 17. März zur Auszahlung zu gelangen. Das geschieht nun aber nicht.

Ein jeder weiß, wie schwer es den Arbeitern der Werksmaler, mit den Akkorden bei den heutigen teuren wirtschaftlichen Verhältnissen auszukommen, und daß daher ein jeder Arbeiter darauf rechnet, den durch längerfristige Schutterei erzielten Akkordüberschuss auch halbmöglichst ausgezahlt zu erhalten.

Nun heißt es: „Der Akkord sei noch nicht abgeschlossen worden.“ Ja aber weshalb denn nicht? Am Montag, den 6. März, hat doch niemand mehr an diesem Akkord gearbeitet, da der Kaiser schon am 5. März kam und schließlich darauf gesehen wurde, daß am 4. März alles fertig war. Wo liegt hier nun die Schuld? Hat der Werksführer die Akkord nicht abgegeben, oder war der Prozentfuß noch „zu hoch“? Jedenfalls können die Arbeiter erwarten, daß die Wartezeit bis zur Auszahlung des Akkordes nicht unnötig verlängert wird. Dierzehn Tage aus verdientem Geld zu warten, ist gerade lange genug; es sollte diese Frist daher nicht unnötiger Weise noch um acht Tage verlängert werden. Die Arbeiter wünschen, daß die Akkord, wenn sie fertig sind, auch abgeschlossen werden.

Vielleicht hört man auch die Versicherung: „Es ist noch zu viel Geld.“ Der Arbeiter hat aber doch das Geld verdient; weshalb kann und wird ihm dann der wertvolle Ueberfluß nicht ausgezahlt, sondern immer erst durch Hinhalten auf die beliebige „Höhe“ reduziert? Die Beamten sagen doch bei Empfang ihrer Zulagen und Gehälter auch nicht: „Es ist zu viel Geld.“ Also sollte man doch dem Arbeiter seinen lauren Verdienst auch gönnen und sich nicht auf einen engherzigen Standpunkt stellen. Ein jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert, und wenn die Herren, die jetzt immer als erstes Wort sagen: „es ist noch zuviel Geld“, einmal die Arbeit eines Malers auf der West, dieses Maßes für alles, mitmachen würden, sie würden jedenfalls bald anderer Ansicht werden. Zu wünschen wäre es daher, wenn die Werksverwaltung bereitwilling wäre, daß die Akkord von „Olfriesland“ und „Deutschland“ an diesem Freitag mit zur Auszahlung gelangen, und vor allem darauf hinwirke, daß, wenn ein Akkord fertig ist, er unter allen Umständen auch abgeschlossen werden muß und daß es nicht in die Hand der Werksführer gelegt wird, durch Führen von Reuten, die garnicht am Akkord beteiligt sind, oder durch sonstige Manipulationen den Ueberfluß herabzurücken. Wenn der Arbeiter sich gequält hat, um etwas mehr zu verdienen, um den Verpflichtungen seiner Familie gegenüber besser nachkommen zu können, so will er auch gern sein Geld haben. Wenn gespart werden soll, so finden sich genug Stellen, wo eine größere Sparsamkeit angebracht wäre, aber man solle nicht bei dem ohnehin schon knappen Verdienste eines Arbeiters anfangen. X.

Neueste Nachrichten.

Hamburg, 15. März. Die Straßenbahngesellschaft hat 15 Jährer und Schöfner wegen ihrer Zugehörigkeit zum Transportarbeiterverband entlassen und erklärt, daß auch fernerhin ihre Angestellten dem Verband nicht angehören dürfen. Man rechnet mit einem Ausstand.

Riel, 15. März. Der Provinziallandtag von Schleswig-Holstein bewilligte einen Beitrag von 60000 Mark zur Rettung der Hallig Hooge vor dem Untergang.

Magdeburg, 15. März. In Brandeis ermordete ein Zimmermann seine von ihm getrennt lebende Frau auf dem Felde und beraubte sie. Der Mörder wurde verhaftet.

Breslau, 15. März. Die gemeinschaftlich organisierten Geizer und Wochinsisten der Oderschiffahrt fordern die Erhöhung ihrer Löhne.

Brüssel, 15. März. Hier sind über 5000 Bergleute in den Ausstand getreten, um für eine Pensionsversicherung der Bergleute zu demonstrieren.

London, 15. März. Im Expreßzug von Bolton nach Kendal wurde eine Dame von einem in Mantelsteher eingestiegenen Unbekannten überfallen. Nach heftigem Kampfe warf er die Frau aus dem Fenster. Sie wurde verhältnismäßig wenig verletzt. Der Täter sprang auf der anderen Seite aus dem Zuge und entkam.

Neapel, 15. März. Der Einsturz der Rotteröffnung des Belvus dauert fort und ist von unterirdischem Rollen begleitet. Das obere Ende der Bahn zum Belvus ist stark beschädigt. Ein so schwerer Sturm wütet, daß die seismographischen Beobachtungen eingestellt werden mußten.

Unentgeltliche Rechtsanhaltstelle in Emden: B. Maas, Große Brückstraße 14.

Verantwortl. Redakteur: H. Jacob in Emden. Verlag von Bant Zug in Emden. Relationsdruck von Bant Zug & Co. in Emden.

Dierzu zwei Beilagen.

Am Sonntag den 19. März 1911: Frauen-Wahlrechtstag! Auf zur Agitation!

Gelegenheitskauf!!

Ich hatte Gelegenheit, einen großen Posten Herren- und Jünglings-Anzüge weit unter Preis zu kaufen und gebe dieselben zu enorm billigen Preisen ab.

Ca. 100 Stück Herren-Anzüge 10.00
Größe 46 bis 54, Wert 18 bis 30 Mk. jezt jedes Stück nur

Ca. 60 Stück Jünglings-Anzüge 8.50
in allen Größen, Wert 12 bis 20 Mk. jezt jedes Stück nur

Diese Sachen sind nicht in den Fenstern ausgestellt, sondern hängen separat auf Ständern im Laden.
Jedermann freie Besichtigung ohne Kaufzwang.

Otto Becker Bant
Wilhelmsh. Strasse 56.

Geburts-Anzeige.

Die Geburt eines prächtigen Knaben zeigen an
Emden, den 12. März 1911
David Hogger und Frau,
Anna geb. Appeldorn.

Preiswert zu verkaufen

ein **Häuerfall** nebst Auslauf, so wie sieben **Häbner** und ein **Hahn**.
Koppehömer Weg 12.

Todes-Anzeige.

Gestern abend 6 Uhr starb nach längerem schwerem Leiden meine liebe Frau und unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

Fran Ernestine Bunzel

in ihrem fast vollendeten 72. Lebensjahre.
Um stille Teilnahme bitten
Bant, 15. März 1911.

Gottlieb Bunzel.

Anna verw. Kremer

nebst Kindern.

Reinhold Bunzel

u. Frau, nebst Kindern.

Wilhelm Bunzel

nebst Frau.

Fritz Seelig und Frau,
geb. Bunzel, u. Kindern.

Todes-Anzeige.

Am Montag den 13. März, abends 10^{1/2} Uhr, starb nach längerem Leiden unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Johanna Wendt

im Alter von 53 Jahren und 5 Monaten, tiefbetrübt von den Hinterbliebenen

Heppens, 15. März 1911.

Fr. Wendt u. Frau, geb. Frank
Hermann Wendt und Frau
Otto Wendt und Frau
Fritz Reimann, Ob.-M.-Mant
und Frau, geb. Wendt
Paul Wendt.

Die Beerdigung findet am Freitag den 17. März, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Kaakstr. 2, aus statt.

Kaiserkrone.

Ab heute:

Das neue große

Künstlerprogramm

u. a.:

Große Sensation!

Die fliegend. Radfahrer

Novität!

Die Flucht aus dem Eisenring

sowie weitere **neue**
grosse Spezialitäten!

: Zahnatelier :

A. Kruckenberg

Marktstrasse 27, 1. Etage.

Sprechstunden:

Wochentags v. 2-7 Uhr nachm.

Sonntags . . v. 2-4 Uhr nachm.

Opera-Theater

Marktstr. 24. Marktstr. 24.

Heute bis Freitag:

Neuer Spielplan!!

Als Extra-Einlage:

Eine Zauberflöte.

Beste Erzählung aus dem Westen Amerikas, gleich heroisch in Spiel und Handlung,

sowie herrliche Natur-Szenen.
Schlager! Meisterwerke!

Boray 1 Pfund 35 Pf.

J. B. Cassens, Schaar u. Bant.

Kartellkommission.

Donnerstag, 16. März,
abends 8 Uhr:

Sitzung bei Halweland.
Der Vorstand.

Sozialdem. Wahlverein

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Donnerstag den 16. März,
abends pünktl. 8^{1/2} Uhr:

„Außerordentliche“

Vorstands-Sitzung
bei Wiggers, Büchelstr.

Genossinnen

welche sich an der **Flugblatt-**
verbreitung beteiligen wollen,
werden ersucht, sich am **Donnerstag**
den 16. März, nachmittags 2 Uhr,
im Parteibüro einzufinden.

Zahlreiche Beteiligung erwünscht.
Der Vorstand.

„Deutscher“ Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Bant-Wilhelmshaven.

Freitag den 17. März cr.,
abends 8^{1/2} Uhr:

Versammlung der Werksektion

im Lokale des Hrn. Halweland
Grenzstraße 33.
Vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Bildungs-Ausschuss Nordenham-Einswarden

Sonnabend den 18. März,
in **Bitters** Lokal
in **Wens**:

März-Feier.

Anfang abends 8 Uhr.
! Reichhaltiges Programm !

Eintritt inkl. Garderobe 30 Pf.
Stierzu ladet die organ. Arbeiterschaft
ergeben! ein

Der Bildungs-Ausschuss.

Sämtliche Drucksachen fertigt an Paul Hug & Co.

Reizende Neuheiten!

Kinderwagen

Sportwagen

Grösste Auswahl am Platze.

J. Egberts

Grosses Geschäftshaus.

Verteilt für die Firma E. A. Necker in Zeitz.

Todes-Anzeige.

Am Dienstag morgen 11.20 Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden meine liebe Frau, unsere liebe, gute, treuzorgende Mutter, Schwieger- und Grossmutter

Almuth Suhrmeyer, geb. Cassens

im 63. Lebensjahre. Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt an
Bant, den 14. März 1911.

Der trauernde Gatte **Hinderk Suhrmeyer**
nebst Kindern u. Kindeskindern.

Emil Suhrmeyer und Frau, geb. Eilers.

Diedrich Suhrmeyer und Frau, geb. Hübner.

Theodor Joosten und Frau, geb. Suhrmeyer.

Ninrich Suhrmeyer und Frau, geb. Harms.

Albert Suhrmeyer u. Frau, geb. Lampe, Geestemünde.

Almuth Suhrmeyer.

Johannes Suhrmeyer nebst Braut.

Wilhelm Suhrmeyer.

Johann Bartling als Pflegesohn.

Die Beerdigung findet am Sonnabend den 18. d. Mts., nachm. 2^{1/2} Uhr, vom Trauerhause, Oldenburger Strasse 33, aus statt.

Nachruf!

Gestern abend 6 Uhr starb nach längerem Leiden unsere Mitkämpferin

Frau Ernestine Bunzel

im 72. Lebensjahre.
Wir verlieren mit ihr eine treue Freundin der Frauenbewegung.

Wöge sie sanft ruhen!
Ihre näheren Verwandten.

Um zahlreiche Beteiligung an der Beerdigung wird gebeten.

Dankagung.

Für alle Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Tochter und Schwester, sowie allen denen, die ihr das Geleit zur letzten Ruhestätte gaben, unseren herzlichsten Dank.

Familie **Nieling**.

als rein statistische, wenn ich auch die statistischen Arbeiten auf diesem Gebiet durchaus nicht unterschätze. — Die Fragen über die finanzielle Handhabung des Reichsvereinsüberwachungsorgans in Bremen wollen nicht verstanden werden (Sehr wohl! Insa.) Um die einzelnen Fälle kann sich der Reichsausschuß natürlich nicht kümmern, aber aus dem Reichsausschuß folgt doch die Notwendigkeit einer Verständigung mit den einzelstaatlichen Zentralstellen, eine Verständigung, die zwischen dem Reichsausschuß und dem jeweiligen Ministerpräsidenten nicht allzu schwer sein dürfte (Schäferfeld). In der Frage der Anlage steht die Abweisung des beantragten Minister des Innern mit dem Befehl im direkten Widerspruch. Nach seiner Meinung sind die ausnahmsweise erlaubt und in der Regel verboten, während das Gesetz die umgekehrte in der Regel erlaubt. Man müßte ein Reichsvereinsüberwachungsgericht haben, an das man sich wenden kann, wenn in den Bundesstaaten ein Verstoß gegen in falligem Sinne angeordnet wird. (Sehr gut! Insa.) — Reiner betont zum Schluß die Notwendigkeit von Maßnahmen zum Schutze des Mittelstandes.

Staatsrat Dr. Delbück: Eine Zentralstelle für Tarifverträge, soweit sie notwendig und möglich ist, behält heute schon. Es wird regelmäßig alles publiziert, was auf dem Gebiete des Tarifvertrages von Bedeutung ist. Die Justizstellen und wirtschaftlichen Probleme auf diesem Gebiete werden vom Reichsausschuß des Innern dauernd verfolgt; die Errichtung einer besonderen außerhalb des Amtes lebenden Zentralstelle zur Förderung dieses Problems ist daher nicht notwendig. Eine Vermittlung dieser Zentralstelle ist daher überflüssig zu erwägen. Was hilft ein Schiedsgericht, wenn er nicht beauftragt wird und nichtstrenge können wir ihn doch nicht. Ich liebe meine Hilfe stets, wenn ich darum gebeten werde.

Hg. v. Strembold (Zentr.) wendet sich gegen die Resolution auf Bekämpfung des Hausierhandels und erklärt, daß mehrere seiner Fraktionsmitglieder ebenfalls gegen diese Resolution sind. (Zentr. hört?) Es handelt sich bei der großen Mehrzahl der Hausierer umdetreibbar um erhebliche rechtliche Anteile, die schwer um ihre Geltung zu ringen haben, und die man doch wahrhaftig nicht durch Schlichtung ruinieren sollte. Der behaltene Mittelstand will mit Recht gegen die Konkurrenz des Großhandels geschützt sein. Der Mittelstand sollte aber auch nicht andere Kategorien ruinieren. (Beifall.)
Hierzu verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr. — Schluß 7 1/2 Uhr.

Soziales.

Sant, 15. März.

Heimatunde des Herzogtums Oldenburg. Eine Lücke in der Literatur bezüglich der Oldenburgische Landeslehrerverein auszufüllen. In den letzten Jahresversammlungen dieses Vereins wurde die Anregung gegeben, ein populärwissenschaftliches Buch über Heimatunde herauszugeben. Das Werk ist jetzt soweit gedruckt, daß der Vorstand des Vereins die Subscriptionsliste versenden kann. Der Entwurf des Inhalts, der dieser Subscriptionsliste beigefügt ist, verpricht für das Werk das Beste. Es soll ein Quellenbuch für den heimatkundlichen Unterricht werden. Zugleich wird es für alle Kreise der Bevölkerung ein Werk werden, zu dem jeder gern greifen wird und das für jeden ein wertvolles Handbuch zu werden verspricht.

Das Werk, zu dem Rektor Schütte die Anregung gab, soll etwa 600 Seiten stark werden (Revisionsform). Es soll etwa 50 Abbildungen sowie Karten und Pläne enthalten. Der Ladenpreis wird etwa 8—10 Mk. betragen, der Subscriptionspreis ist 5 Mk.

Das Werk gliedert sich in vier große Abschnitte: „Unser Land“ (Geographie, Geologie, Klima, Flora und Fauna), „Unser Volk“ (Anthropologie, Gesundheitszustand und -Pflege, Bauweise, Kleidungsweise, Volksmedizin, Volksprache und -Dichtung, Übergläubnisse und Sitten, Orts- und Familiennamen), „Wie unser Volk die Natur sich dienstbar macht“ (Wasserordnung, Deich- und Seeländerei, Land- und Forstwirtschaft, Jagd, Fischerei, Moorcolonisation, Gewerbe und Industrie, Handel und Verkehr), „Kulturelle Ausgestaltung des Lebens“ (Staatswesen, Zoll- und Steuerwesen, Gerichtswesen, Schulwesen, Kirchenwesen, Kunst und Wissenschaft, Soziale Verhältnisse).

Als Mitarbeiter nennt der Prospekt: Chefredakteur von Buch, Regierungsgeometer Thomas, Marinbauart Richter (Wilhelmshaven), Dr. Behmann, Assistent am Geogr. Institut in Berlin, Rektor Schütte, Hauptlehrer Härtel (Verla), Direktor Dr. Wops, Direktor Dr. Möller (Wolfsb.), Lehrer Heinen (Abdrhaußen), Medizinalrat Dr. Schläger, Bauart Rauhfuß, Professor B. Winter, Seminarlehrer C. Kleinert, Medizinalrat Dr. Roth, Pastor W. Ramsauer (Knodentirchen), Landesökonomierat Treß, Reg.-Baumeister Friedrichs, Ort.-Rat Fr. Dellen, Forstinspektor Barnstedt (Drentholz), Fischereinspektor Duge (Luzhaußen), Forstassessor Reimer, Landesökonomierat Oberinspektor Glah, Prof. Dr. Darschhoff, Prof. Dr. Kohl, Dr. Ephraim, Gerichtsassessor Dr. Alsmann, Rektor Büdgen, Oberinspektor von, Prof. Vagenstein (Beckto), Prof. Dr. Rüben, Geh. Archivar Dr. Sella.

Nach all dem dürfte das Werk äußerst wertvoll werden und es sollte daher in keiner Bibliothek fehlen. Wer das Werk sich vorbeistellen (also sich in eine Subscriptionsliste einzeichnen), erhält es zum Preise von 5 Mk. Eine solche Subscriptionsliste liegt auch in der Redaktion des „Nordd. Volkst.“ auf.

Wilhelmshaven, 15. März.

In gemeinsamer Sitzung des Magistrats und des Bürgervereins-Kollegiums wurde gestern die Etatberatung fortgesetzt und beendet. Wir haben bereits ausführlich über den Etat in Nr. 61 ds. Bl. berichtet.

Zum Etat der Höheren Mädchenschule wurde lebhaft gemeldet, daß der geplante Aufbau des Seminars und der Haushaltungsschule zu Eltern noch erfolgen möge. Die Angelegenheit hängt noch beim Provinzialkollegium in Hannover. Außerdem ist die Frage schwieriger geworden, da nach Ansicht des Magistrats auch Räume geschaffen werden müssen. Vor der Beschützung des genannten Auditoriums durch das Provinzialkollegium können aber diese Fragen nicht erledigt werden. Auch gehen die Meinungen der Interessierten über die Art des Aufbaues der Schule noch sehr auseinander. Das Kollegium ist damit einverstanden, daß sich zunächst der Magistrat über die Angelegenheit schlüssig macht. Angeregt wurde, für die höhere Mädchenschule die gleichen Schulgebäude, wie sie bei der Realschule angelegt sind, einzuführen. Der Bürgermeister bemerkt, daß der Direktor der Höheren Mädchenschule einen solchen Antrag bereits gestellt habe. Das Auditorium werde hierüber Beschluß zu fassen haben.

Beim Etat der Volksschulen regte H. B. Bauer an, für Klumpenpflege in den Schulen eine Summe einzustellen. Der Bürgermeister bemerkt, das Auditorium beabsichtigt, eine diesbezügliche Vorlage zu machen. — Auf Anregung des Ministers wurde unter Ausgabe ein Betrag von 370 Mk. für jährliche Unterhaltung eingestellt. Es hat sich nämlich im Regierungsbezirk Koblenz herausgestellt, daß dort 95 Prozent aller Kinder jahntant waren. Der Minister hat daher angeordnet, daß Mittel in den Schul-etats vorgegeben werden, um die Zähne der Jugend zu schärfen. Der Verband der Zahnärzte hat sich erboten, dahin zu wirken, daß an allen Orten des Reichs die Kinder gegen eine Vergütung von 20 Pf. pro Kopf jährlich untersucht werden. — H. B. Hagen regte an, daß die Lehrer mit ihren Kindern doch hin und wieder die Betriebe der Handwerksmeister besuchen möchten, damit den Kindern ein Einblick in die Handwerksbetriebe gewährt wird. — H. B. Bauer erinnerte daran, daß im Vorjahre versprochen sei, den Handfertigkeitunterricht für Knaben in den Volksschulen einzuführen. — H. B. Hämme bemerkt, daß hierfür der gute Wille vorhanden sei, doch schwieriger sei es, die geeigneten Lehrkräfte hierfür zu erhalten. — H. B. Hagen meint, der Handfertigkeitunterricht durch Lehrer sei nur halbe Sache; dieser könne besser durch Handwerksmeister erteilt werden. — H. B. Reinecke: Auch bei dem Handfertigkeitunterricht müßten pädagogische Grundzüge vorherzuziehen; ein Handwerksmeister werde die Sache zu professionell betreiben. — H. B. Hagen erwiderte, daß geeignete Handwerksmeister auch die pädagogische Seite berücksichtigen werden. — Der Bürgermeister bemerkt noch im allgemeinen, der Schuldeputation gebühre Dank für ihre Wirkung und besonders dafür, daß sie 200 Mk. für Milch eingestellt habe. Diese soll besonders Kindern der Hülfschule zugute kommen, deren geistige und körperliche Schwäche auf eine gewisse Unterernährung zurückzuführen sei.

Unter Titel „Zuschüsse und Beiträge“ wurde der Zuschuß für den Verschönerungsverein auf Anregung des H. B. Foden von 50 auf 100 Mk. erhöht. — H. B. Hagen wünschte dann nähere Auskunft über das Rationale Arbeitersekretariat, für das im Etat 500 Mk. ausgeworfen sind. Durch Zufall wurde ihm bedeutet, daß dies eine Einrichtung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie sei. Zum 1. April werde das „Sekretariat“ wieder einen neuen Sekretär erhalten.

Ueber den finanziellen Abschluß der Lloyd-Dampferfahrten nach Helgoland kann der Magistrat noch nichts Näheres mitteilen.

Zum Titel „Steuern“ wünscht H. B. Wolf-Wortf. Behrmann die größere Schonung der Grundbesitzer bei Veranlagung zur Grundsteuer. — Auf Anfrage teilte der Bürgermeister dann zur Position „Wertzunachsteuer“ mit, daß hinsichtlich des Reichswertzuwachsteuergesetzes vom 1. Januar d. J. die fiktive Reichswertzuwachsteuer nicht mehr erhoben werden sei. Es müßte zunächst geklärt werden, wie die Reichswertzuwachsteuer zu haben ist. — Zur Position „Gewerbesteuer“ bemerkt der Stadt-Syndikus, er werde nach im Laufe dieses Frühjahrs mit einem Antrag kommen auf Neubestimmung der gewerlichen Stillsätze.

Damit war der ordentliche Etat erledigt. Die in Antrag gebrachten Steuern wurden genehmigt. Danach werden erhoben: an Gemeindefinanzkommittent 195 Proz. Zuschlag zur staatlichen Einkommensteuer, an Grundsteuer 4 Promille des durch Schätzung ermittelten gemeinen Wertes, an Gemeindefinanz 175 Proz. Zuschlag zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer, sowie die übrigen Steuern, wie wir sie in unserem letzten Bericht bereits mitgeteilt haben.

Der außerordentliche Haushaltsplan weist auf für Straßbauarbeiten (Barckrode, Umplanierung der Driesenstraße und der Marktstraße am Wilhelmshafen) 102.000, Kanalisationsanlage 300.000, Vergrößerung der Elektrizitätsanlage 100.000, Um- und Ausbau der höheren Mädchenschule 175.000, Bau eines Vogerluppens mit zöfischer Niederlage 250.000 Mk. Weiter sind 100.000 Mk. in Einmache gestellt als fernerer Beträge vom Reichsfiskus auf die für entzogenen holländischen Grundbesitz zu zahlende Entschädigung. Dieser Betrag ist in Ausgabe gestellt zur Schuldentilgung nach besonderer Vorlage. — Der außerordentliche Haushaltsplan schließt ab mit 1.027.343,18 Mk.

Der Haushaltsplan für die Schlachthof-Gemeinschaft weist in Einnahme auf: Schlacht-, Verkauf-, Stall-, Auftrieb- und Schlachtweggebühren für 4100 Stück Großvieh à 7 Mk., 400 St. Jungrind à 4,70, 3000 Rinder à 2,30, 19.300 Schweine à 4,—, 4000 Schafe à 1,70 und 200 Pferde à 7,70 Mk., in So. 123.020 Mk., Eisverkauf 6000, Miete für Rühlgeilen 4500, aus der Preibank 1800, Erlös von Abfällen 2000, Vorkaufsgelder 3200, Beschlagsgebühren für eingeführtes Ferkel 1000 Mk. usw., insgesamt 144.000 Mk. Einnahme. — In Ausgabe gestellt sind für Verzinsung und Tilgung (6 Proz.) 56.295,78, Gehälter und Entschädigungen 46.426, sonstige Ausgaben 41.278,22 Mk. Einnahmen und Ausgaben decken sich.

Der Vorschlag über die Verwaltungskosten der städtischen Sparkasse weist in Einnahme an von den Rentenbesitzern erzielten Mieten und Teilungskostenbeiträgen 1592 Mk. auf. In Ausgabe gestellt sind an Gehältern 17.805,42, Pensionen 1200, anderen persönlichen Ausgaben 2560, städtischen Ausgaben 15.626, Abschreibungen 1800 Mark, insgesamt 38.992 Mark.

Veränderungen wurden auch auf diesen Etat nicht vorgenommen, jedoch auch sie genehmigt sind. Sodann erfolgte Schluß der Sitzung.

Das diesjährige Winterangehörigkeits für Wilhelmshaven wird am 16., 17., 18. und 20. März d. J., von morgens 10 Uhr an, in den „Zonhallen“, Driesenstraße Nr. 55, zu Wilhelmshaven abgehalten werden. Es gelangen zur Vorstellung vor der Ertragkommission:

1. am Donnerstag den 16. März, die 1889 und früher geborenen Militärpflichtigen,

2. am Freitag den 17. März, die 1890 geborenen Militärpflichtigen, und

3. am Sonnabend den 18. März, von den Militärpflichtigen aus dem Geburtsjahre 1891 Buchstaben A bis R,

4. am Montag den 20. März, von den Militärpflichtigen aus dem Geburtsjahre 1891 Buchstaben S bis Z.

Alle zur Erstellung der Militärpflichtigen werden aufgefordert, sich an dem bet. Tage eine Stunde vor Beginn der Musterung im Musterungsorte einzufinden. Gegen Ausbleibende oder zu spät Ercheinende werden die gesetzlichen Strafen in Anwendung gebracht werden. Gleichfalls sind gegen diejenigen Militärpflichtigen, welche im truntenen Zustande oder nicht rein gewaschen und nicht sauber gekleidet vor der Ertragkommission erscheinen, eine Strafe von 3—30 Mk. event. entsprechende Haft erkannt werden.

Die Gelüste um Jurisdiktion oder Befreiung vom Militärdienst sind sofort beim Hilfsbeamten des Königl. Landrats, derjenigen um Jurisdiktion im Falle einer Einberufung bei Mobilmachung gleichfalls sofort beim Magistrat zu Wilhelmshaven einzureichen. Die rekrutierten Militärpflichtigen und die in Frage kommenden Angehörigen derselben haben sich am 20. März, vormittags 10 1/2 Uhr, im Musterungsorte einzufinden.

Aus dem Lande.

Jever, 15. März.

Entgültig ist am Montag nachmittag kurz vor der Station bei Wammes Parkhaus der Triebwagen und der nachfolgende Wadwagen. Da der Triebwagen sich tief in den Sand einwühlte, wurden die beiden Weichen und das Geleise stark beschädigt. Von Oldenburg mußte ein Hülfswagen mit Beamten und Arbeitern abgefahren werden. Käufer dem Zugführer, der am Bein verletzt wurde, ist niemand zu Schaden gekommen.

Barel, 15. März.

Die Märzfeier ist durch die Kommission vorbereitet und ist ein schönes Programm zusammengestellt, so daß die Besucher des Schüttingens am Sonnabend zufrieden sein können.

Der Vogelwächter soll jetzt, wie bestimmt verfährt wird, am kommenden Montag durch die Mitglieder des Wilhelmshavener aus Wilhelmshaven im Aufjäger Hof zur Aufführung gelangen. Soffentlich wird dann nicht wieder der Zug verpaßt.

Geestert, 15. März.

Zur Einigungsfrage. Noch immer paßt es in den Oldenburg Tageszeitungen von der Einigungsfrage, trotzdem in den Rördererschaften der drei beteiligten Gemeinden (Oldenburg, Geestert und Ohmstedt) die Sache abgelehnt ist. In mehreren Eingangs in den Nachrichten sowie in einem Artikel in Nr. 70 heißt es, daß der Ortsauschuß und Gemeinderat von Oldenburg irtümlich die Auffassung gehabt hätten, die eingezugemeindeten Gebiete sollten Stadtbereich werden. Das ist unrichtig! In dem Schreiben des Stadtmagistrats wird erst der Plan erörtert, nicht nur einen Teil von Geestert einzuzugemeinden, sondern gleichzeitig Teile mit von Oldenburg und Ohmstedt, dann heißt es mündlich: „Eine weitere Voraussetzung für die Durchführbarkeit des Planes ist nach Darhalten des Magistrats, daß die Bewohner der anzuschließenden Gebiete nicht den Anspruch erheben, ohne weiteres der engeren Stadt zugezählt zu werden usw.“ Das heißt doch klar und deutlich Stadtbereich werden und nichts anderes. Für die Gemeindevertretung von Geestert waren außer diesem auch noch finanzielle Gründe maßgebend für die Ablehnung, die einstimmig erfolgt ist.

Delmenhorst, 15. März.

Die Märzfeier der Delmenhorster Rördererschaft findet am Sonntag den 19. d. M. in Delmenhorster Schützenhof statt. Dieselbe beginnt um 5 Uhr nachmittags und besteht in Festspre des Genossen R. Wagner-Braunschweig, Gelangsvorträgen des Gelangvereins Concordia, Theateraufführungen und Tanz. Das Tanzkänzchen beginnt etwa um 8 Uhr abends. Karten sind an den bekannten Stellen, bei den Gewerkschafts- und Parteifunktionären sowie an der Kasse zu haben. Eine allgemeine Beteiligung der Delmenhorster Rördererschaft an den getroffenen Arrangements wird erwartet. (Sieh. Anz.)

Die Wahl eines Magistratsmitgliedes hat die Stadtvertretung wiederum vorgenommen, da Herr Fabrikdirektor Gerike sein Amt als Ratsherr niedergelegt hat. Als Grund für die Niederlegung des Mandats soll geschäftliche Ueberbürdung maßgebend gewesen sein. Wir sind der Meinung, daß diese Gründe auch schon zu Anfang dieses Jahres, als die Neuwahl des Herrn Gerike vor sich ging, bestanden haben oder doch mindestens in Aussicht liegen mußten, so daß es richtiger gewesen wäre, wenn Herr Gerike schon damals eine Wiederwahl abgelehnt hätte.

Auf die Sprechstunde der Mutterberatungsstelle am Freitag jeder Woche, nachmittags von 2—3 Uhr, im P.-G. Krankenpflege machen wir besonders aufmerksam. Dort wird unentgeltlich ärztlicher Rat über die Pflege von Kindern im Alter bis zu zwei Jahren erteilt. Die Kinder sind in der Sprechstunde dem Arzt vorzustellen. Alle Mütter und Pflegeeltern sollten auch bei den geringsten Anlässen die Mutterberatungsstelle in Anspruch nehmen.

Nordenham, 15. März.

Der Bildungsausschuß veranstaltet Sonnabend den 18. März abends 8 Uhr in Witters Lokal in Wiers eine Märzfeier. Das Programm ist ein reichhaltiges und wäre es erwünscht, daß die Veranstaltung durch einen zahlreichen Besuch von Seiten der organisierten Rördererschaft, sich zu einer würdevollen Feier gestaltet. Der Eintrittspreis beträgt einfl. Garkarbons 30 Pf.

Der ebenfalls von dem Bildungsausschuß arrangierte Streifenloosverkauf findet am 17. März abends 8 Uhr in Wd. Sultmanns Lokalitäten in Einswarden statt. Der Eintrittspreis beträgt hierzu 30 Pf. Bei der großen Beliebtheit, der sich diese Gesellschaft erfreut, ist ein volles Haus

zu erwarten. Der Besuch dieser Veranstaltung sei deshalb den dortigen Genossen bestens empfohlen.

Selbstmord verübte am Montag durch Einatmen von Gas die zum Besuch der Eltern befindliche Ehefrau des Tischlers Förster. Mit der Mutter ist der 21-jährige Sohn zu Tode gekommen, während ein fünf Monate altes Mädchen gerettet wurde. Die Frau, deren Mann seit Jahren lungenkrank und arbeitsunfähig ist, litt an Schwermut und in diesem Zustande hat sie jedenfalls beschlossen, mit ihren Kindern in den Tod zu gehen.

Achtung, Gesangsvereinsmitglieder des Gemischten Chor Eintracht! Die nächste Gesangsstunde findet nicht am Donnerstag den 16. März im Freizeithaus, sondern umständlicher am Freitag den 17. März, abends pünktlich 7 1/2 Uhr in Haffelbids Restaurant, Wilhelmstraße 11. Die Mitglieder werden an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht. Abwesenheiten in den Gesangstagen werden in jeder Gesangsstunde entzogen.

Fuilletten. Menopel.

Sozialer Roman aus dem russischen Volkleben von Karl Kubis (17. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Er mußte sein Gewissen erleichtern, nichte sagen, was ihn so sehr erregte, beschämte. Wachte Doktor Sotolowsky, mochte der Geißliche von ihm denken, was sie wollten. Und so rief er denn, die eine Hand heftig gegen sein Herz pressend, die andere Katafcha entgegenstreckend, mit flehender Gebärde aus:

„Verzeihen Sie, vergeben Sie mir, ich war in jener Nacht mit Blindheit geschlagen, zehn Kubel... dieses Mädchen... zehn Kubel...“

Vater Siergius, der Arzt und Katafcha richteten erstaunt ihre Blicke auf den Sprecher. Niemand hatte auch nur eine Ahnung vom Sinn seiner Worte. Katafcha dachte im ersten Augenblick, ob sie mit dem Herrn nicht in der Trunkenheit Antimitäten vorgehabt. Wie hätte sie sich auch jetzt aller der Männer erinnern können, denen sie in letzter Zeit um des elenden Mammons willen ihre Liebe geschenkt hatte? Aber nein, es mußte etwas anderes gewesen sein!

Nachdem ihr erstes Entsetzen sich gelegt hatte, warf sie auf Duchow einen langen, finsternen Blick.

„Herr“, sagte sie leise, „ich weiß es wohl, daß ich Sie schon einmal gesehen, mit Ihnen gesprochen habe; aber von den zehn Kubel weiß ich nichts. Sie müssen sich irren. Ich habe von Ihnen kein Geld verlangt.“

„Nein, gewiß nicht“, rief Duchow, noch immer auf tieffte erregt, aus, „aber ich habe Sie nicht an Ihnen gehandelt, habe Sie wegen elender zehn Kubel unserer Polizei überlassen. Das war schicklich von mir.“

„Ach ja, jetzt entsinne ich mich“, rief Katafcha erdört — soweit bei ihrem ohnehin stark gealterten Anblick davon überhaupt die Rede sein konnte — aus. Und nach kurzer, in tiefem Nachdenken verdrachter Pause sagte sie hinzu: „Schlimm, ja, sehr schlimm ist es mit auf der Polizei ergegangen, aber man weiß nie, wozu etwas gut ist; denn wenn Sie für zehn Kubel meine Freiheit erkaufen hätten — weiß Gott, ob ich gerettet worden wäre!“

„Dottes Wege sind wunderbar“, warf Vater Siergius, der den Zusammenhang zu begreifen begann, mit tiefem Ernst ein. „Und das schwere Geschick, welches du abgelegt hast, meine Tochter, wirst du halten. Aber du hast nicht das Geschick getan, ein anderes Alter zu bekämpfen, und ich will die das auch nicht zumuten. Ein Vaster hängt jedoch mit dem anderen zusammen. Willst du dich wahrhaft befehlen und retten, so such die alten Dingen Arbeit, gleich viel was für welche, aber nur ehrliebe Arbeit. Es liebet geschrieben: Betet und arbeitet, damit ihr nicht in Versuchung fallt. Hier nimm deine Mitgliedskarte, und

lah, wenn es dir gut geht, von dir hören. Ich werde deiner gedenken, dich ganz besonders in mein Gebet einschließen!“

Rur mit Mühe vermochte Katafcha den Tränenstrom zurückzubringen, der ihr in die Augen trat. Tief ergriffen schloß sie des Priesters Hand und dankte, von seinem Segen begleitet, laut ins Freie.

Da vernahm sie dicht hinter sich schnelle Männer Schritte. Schen bligte sie sich um. Es war der blonde Herr. Weshalb verfolgte er sie? Sie dachte an seine ferne, unheimlichen Augen, und ein tiefes Weh durchzitterte ihre Seele. Da hatte er sie eingeholt.

„Katafcha“, rief er mit unsicherer Stimme zu, „ich wollte mein Unrecht gegen Sie ein wenig wieder gut machen. Sie müssen mir das aber nicht übel nehmen. Hier — bei diesen Worten entnahm er seiner Brusttasche einen Hundert-rubel Schein — nehmen Sie diese Kleinigkeit, das Geld kann Ihnen jetzt nützen.“

„Nein, nein“, wehrte sie ihn aufs energischste ab, „nein, Herr, das habe ich nicht verdient, das nehme ich nicht an! Ich werde arbeiten, Herr, ehrlieh arbeiten!“ Mit diesen Worten eilte sie, ohne sich umzubilden, davon.

Beschämt und niedergedrückt kehrte er in das Kabinett des Geistlichen zurück.

„Was hatten Sie nur?“ fragte Doktor Sotolowsky und sah Duchow ganz verwundert an. „Ich wollte ihr einen Zehrgroschen auf den Weg mitgeben“, sagte Gieb Michailowitsch tonlos, „aber sie nimmt nichts! — Nicht wahr, es ist doch schade, daß die Folgen des Trunkes ihre Schönheit kaum mehr erkennen lassen, bis auf ihre wundervollen Augen.“

„Rur, da haben wir’s“, spöttelte Doktor Sotolowsky, „Sie, als Anbeter der weiblichen Schönheit, möchten am liebsten jede vertrauensne Mädchenphysiognomie mit dem Saft eines Künstlers reanouvieren, damit eine Kassasche Madonna herauskomme. Uebrigens ist das Frauenzimmer nicht dumm und hat zu etnem profittieren und radikalen Mittel gegriffen, um sich ihre verlorene Schönheit, die sie ja dringend braucht, zurückzugewinnen. Die wird noch manchem den Kopf verdrehen!“

„Es wäre doch sehr traurig, wenn alle Motive menschlicher Handlungen immer nur trauriger Eigennutz wären“, sagte Vater Siergius, indem er den Arzt ernst anblickte, „es gibt doch Ideale.“

„Jedes Ideal ist in letzter Linie ein Egoismus. Ihre Alkoholiker sind ein redendes Beispiel. Sie wollen dem Laster entsagen, nicht um der Tugend willen, sondern um den üblen Folgen ihrer Leidenschaft zu entfliehen. Hiermit im Zusammenhang wäre es äußerst interessant, Ihre Heilmethode wissenschaftlich zu beleuchten!“

„Da hier keine wissenschaftlichen Grundlagen vorhanden sind, kann auch von wissenschaftlichen Folgerungen nicht die Rede sein“, bemerkte Vater Siergius zu den Worten des Arztes.

„O doch“, entgegnete dieser, „Entschuldigen Sie meine Offenheit, aber ich glaube, daß hier — vielleicht, ohne daß Sie selbst sich dessen bewußt sind — die Massenhyponose eine entscheidende Rolle spielt.“

„Weider sind meine Kenntnisse über hypnotische Erscheinungen nur oberflächlich“, entgegnete Vater Siergius. — „Trotzdem behaupte ich ganz entschieden, daß hier von Hyponose nicht gesprochen werden kann. Die Sache ist so einfach, so klar, daß sie sich mit wenigen Worten erklären läßt: Es ist der Glaube an unsere Religion, die damit zusammenhängende Heilighaltung des Eides und die Furcht vor den Höllenstrafen für etwaigen Eidesbruch. Deshalb entschließen die Leute sich im allgemeinen auch sehr schwer zu diesem Schritt.“

„Meine Herren“, fiel Duchow in das Gespräch ein, „ob Hyponose oder nicht, darauf kommt es doch gar nicht an. Wäre es nicht vielleicht besser, erst mal zu erfahren, wie die Sache sich in Kaschabino entwickelte, was den ersten Anstoß dazu gab, und wie sie zu ihrer gegenwärtigen Bedeutung gelangte? Ich habe unlängst erfahren, daß Sie, Vater Siergius, bereits in einigen Aldtern bei Petersburg Kaschabmer gefunden haben sollen. Dadurch erhält Ihr System eine nationale Bedeutung von nicht zu unterschätzendem Wert.“

„Sie sind also mit Ihrer Heilmethode ein Pionier: Da kann selbst der hochkultivierte Welken Europäer von uns Russen doch mal etwas lernen“, warf Doktor Sotolowsky mit kaum merklicher Ironie ein.

„Ach, nicht doch, nicht doch“, wehrte Vater Siergius, der den feinen Spott des Arztes nicht merkte, beschreiben ab. „Sie irren sich. Ich bin bloß Kaschabmer.“

„Und wer war denn Ihr Vorbild?“ forschte Gieb Michailowitsch erstaunt.

„Der englische Prediger Theobald Mathews, welcher schon vor etwa hundert Jahren wirkte. Freilich ließ er seine Klienten nur ein Versprechen — keinen weltlichen Eid — leisten. Ich muß aber bemerken, daß ich die großen Erfolge in Kaschabino nur dem obligatorischen Eid zuschreibe.“

„Woher kommt es eigentlich“, warf Doktor Sotolowsky ein, „daß gerade bei uns, wo das Volk so arm und der Brauntwein so teuer, so entsetzlich viel getrunken wird. Vater Siergius schlen einen Augenblick mit der Antwort zu zögern, währenddessen er Duchow einen fragenden Blick zuwarf.“

„Sie können sich dem Doktor ebenso anvertrauen, als mir“, ermutigte Gieb Michailowitsch den Jüngeren.

„Sie fragen also mit anderen Worten, wer daran die Schuld trägt?“ wandte Vater Siergius sich an den Arzt. Und fast flüsternd sagte er nach kurzer Pause hinzu: „Unsere Regierung und unsere Geistlichkeit.“

Diese Antwort hatte der Doktor aus dem Munde des Geistlichen am allerwenigsten erwartet. Er sah ihn daher ganz erstaunt und verwundert an und sagte rasch: „Die Schuld unserer Regierung kann ich begreifen. — Weshalb Sie aber auch Ihren Amtsbrüdern einen solch schweren Vorwurf machen, ich will nicht recht fassen.“

„Dann will ich es Ihnen gern auseinandersetzen. Sie wissen ja, daß kaum 24 Prozent der Bevölkerung lesen und schreiben kann. Der Mangel an geistiger Beschäftigung aber treibt sie ins Gasthaus. Und dazu kommt das schlechte Beispiel unserer Geistlichkeit, die fast ausnahmslos dem Trunk fröhnt.“

Vermischtes.

Ist der Hofenrod unanständig? Aus Wien wird geschrieben: Das Erscheinen von Damen im Hofenrod führte wiederholt zu Ausschreitungen seitens junger Burshen. Bedrückt mühten Damen vor der Menge in Geschäfte flüchten, wenn sie auch keinen Hofenrod trugen. In einer Privat-mädchenschule wurde eine Schülerin, die einen Hofenrod trug, von dem Direktor aufgefordert, das Haus zu verlassen und in anständiger Kleidung wiederzukommen.

Die Zentralbibliothek Sant, Deerestraße 20, ist geöffnet Mittwochs und Freitags abends von 7 1/2 bis 9 Uhr und Sonntags vormittags von 11 bis 12 Uhr.

Arbeiter und Arbeiterinnen treibt Haus- und Werkstatt-Agitation für das Volksblatt!

In jeder Arbeiterfamilie muß das Volksblatt zu finden sein.

Als solide Kapitalanlage und zur Belegung von Mündelgeldern empfehle ich

4prozentige mündelsichere Kommunal-Obligationen in Stücken von 300, 500, 1000, 3000 Mark.

B. H. Bührmann. Gutes Logis zu vermieten. Heppens, Dullenstraße 3.

Möbl. Zimmer sofort gesucht. Off. mit Preisangabe u. D. R. an d. Exp. d. Bl.

Riesen-Verdienst durch Uebernahme eines Waren-Verhandlungsgeschäftes in Viechnah-futterwägerei. Sichere dauernde Existenz. Kapital nicht nötig. Auskunft kostenlos. Depot Leipziger Viehnahmehittel-Fabrik, Halle a. S., Brandenburger Straße.

Gesucht zum 1. April ein junges Mädchen. Roonstraße 64.

Gesucht auf sofort oder spätere ein älteres Stundenmädchen oder alleinstehende Frau für den ganzen Tag.

Gesucht zu Ostern ein Verhiring für meine Buchbinderei.

Stundenmädchen für vormittags (15-16 Jähr.) gesucht. Margarethenstr. 34.

Gersten-Futtermehl, Zentner 7.00 Mk.

J. Hillmers, Neumde.

Schürzen in aparten Mustern eingetroffen **Martha Kappelhoff** Ecke Roon- und Deichstrasse

Preisw. Hans, auch mit Ge-Handstelle oder Boutervain gesucht. Umgebung nicht angechl.

P. Welle, Zwischenbahn, postlagernb.

Bon heute bis zum 1. April werden folgende noch vorhandenen Sachen zu jedem annehmbaren Preise verkauft:

Gezeichnete, angefangene u. fertige Handarbeiten, nordische Wolle, Dedon und Käsefische, Gaster-Wolle, Zephyr und nordische Wolle, Strickwolle, Strümpfe in Wolle und Baumwolle Korsets, Damen- u. Kinderhülsen in schwarz, weiß u. farbig, Damen-Hüte u. Hüfen, Normal-Unterzeuge, Schwarze und farbige Velvets, Spitzen in Spachtel, Äppel und Tüll, Spachtel- und Tüllstoffe, Sticker-Spigen, farbige Satins, Bandstühle, Filofloß-Stiefel, 10 Deden 65 Pf. usw.

Eduard Levy Wilhelmsh. Straße 58. 1 Trefen und ein Regal, so gut wie neu, zu verkaufen. D. D.

100 liter Milch sind täglich abzugeben. Zu erfragen bei **J. Hillmers, Neumde.**

Radfahrer suchen die besten Maschinen für 1911. Ich habe Ihnen die besten Angebote für volle und verarbeitete Schrauben.

Optima-Fahrräder Ein erschwingliches Rad für 20 Jahre. Geben Sie mir Ihren Wunsch, ich werde Ihnen die besten Angebote für volle und verarbeitete Schrauben.

Einswarden. Bringe mein

Obst- und Gemüsegeschäft in empfehlende Erinnerung.

Felix Junghandel. Oldenburg.

Unentgeltliche Auskunft in Sachen der sozialen Versicherungs-gesetz, Gewerbederechtig.

Karl Heilmann, Eleustr. 8b.

Leer Mühlenstr. 16 2 Min. v. Bahnh.

Rudolf Heyer Zigaretten-, Zigaretten- u. Tabak-Geschäft von

J. H. Cassens, Sant, Deerestr. 42, und Schaar.

Georg Buddenberg Buchhandlung :: Buchbinderei Schreibmaterialien-Handlung, Deerestr. 30 Sant Schillerstr. 15 Telefon Nr. 548

Lieferung sämtl. Zeitschriften und Modejournale.

Beste u. billigste Bezugsquelle f. Privat- u. Vereinsbibliotheken.

Anfertigung von Raufputzstempeln, Beitragsmarken, Vereinsabzeichen aller Art, schnell.

Großes Lager in Anstalts- und Künstlerpostkarten.

Reiche Auswahl in Großsäuren politisch und gewerkschaftlichen Inhalts.

Eintragung von Bildern und Brautkränzen unter Garantie standbild.

Eine fast neue **Strickmaschine** starke billig zu verkaufen, auch auf Teilzahl Heppens, Alfendeichweg 22c.

Achtung! Bürgervereine!

Am Donnerstag den 16. März ex., abends 8 Uhr
im Lokale „Zu den vier Jahreszeiten“

G. Wigger, Bant, Börsestraße:

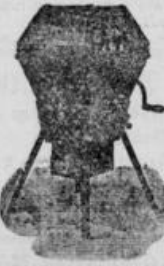
Vorstandssitzung sämtl. Bürgervereine

des Amtes Küftringen — Banter, Neubremer, Sedaner,
Heppenfer (westlicher u. östlicher), Neuer Neuender, Neuender Bürgerverein.
Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung müssen alle Vorstandsmitglieder
in der Sitzung vertreten sein.

Der Vorstand der vereinigten Bürgervereine.

Im Auftrage: Joh. Ahlers.

Für die Waschküche!



- Waschmaschinen: Johns Voldampf . 50—80 Mk.
Frauenlob 42 Mk.
Mangeln extra schwer, mit breitem Brett . 39 Mk.
Tischmangeln, schwer . 22⁵⁰, 25 Mk.
Wringmaschinen 13⁵⁰, 15, 17 bis 19 Mk.
Holzwannen mit Fuß 6⁵⁰, 7⁵⁰, 8⁵⁰ Mk.
Zinkwannen, extra schwer . 3 bis 7 Mk.
Wäschekörbe, oval . . 1⁵⁰ bis 4⁵⁰ Mk.
Wäschekörbe, kantig . 3⁵⁰ bis 7⁰⁰ Mk.
Waschbretter 0⁵⁰ bis 1²⁰ Mk.
Wäscheleinen 0⁶⁰ bis 3⁰⁰ Mk.
Wäscheklammern . . . 9 Dtz. 50 Pf.
Wäschezangen 60 Pf.
Gardinenspanner 15 Mk.

:: Plätteisen ::

für Gas, Spiritus, Kohle und Bolzen in allen Preislagen
empfiehlt in grosser Auswahl

J. EGBERTS

Grosses Geschäftshaus.

Freie Turnerschaft Dangastermoor.

Sonntag den 19. März:

1. Stiftungsfest

bestehend in
Aufmarsch der Schülerzige, Pyra-
myden, Schantzenen d. Männerzige.

Richter: **BALL.**

Anfang 6¹/₂ Uhr.

Zu zahlreichem Besuch laden
freundliche ein

J. Krafe, Der Vorstand.

Ausführung sämtl. Eisenarbeiten,
Reinigen der Ofen u. 50 s an,
Einmauerung von Wäldstein, Ab-
hülle bei Rauchbelästigungen u. zu
den billigsten Preisen.

H. Potrag, Töpfermeister,
Bant, Wollstraße 21.

Nordenham.

Eröffne mit dem heutigen Tage Dafenstraße 41 ein

Schuhmacher - Geschäft.

Dem geehrten Publikum von Nordenham prompt und
streng reelle Arbeit versprechend, bitte mein junges Unter-
nehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Adolf Bühring

Schuhmacher.

Zum Waschen od. Reinmachen | Fahnen Reinecke
empfehle ich | Hannover
Frau Günther, Bant, Weststr. 5. | Vereins-Bedarfsartikel.

Die Märzfeier

:: für Varel und Umgegend ::

findet am Sonnabend den 18. März 1911
im Schütting statt.

An den Aufführungen beteiligen sich sämtl. Arbeitervereine.

::: Festrede. :::

Anfang 8 Uhr abends. — Entree 10 Pfg.

Buchdruckerei

Paul Hug & Co.

Bant, Peterstraße 20/22

liefert billigst

- Verlobungskarten ★
- Hochzeitskarten ★★
- Danksagungskarten
- Visitenkarten ★★
- Glückwunschkarten
- Trauerkarten ★★

Saubere und moderne Ausführung

Reichhaltige Musterkollektion.

OLDENBURG.

Sonnabend den 18. März d. Js.
nachmittags 6 Uhr:

Eröffnung des Gewerkschaftshauses

2 Kurwickstrasse 2.

Eröffnungsfeier abends 8 Uhr unter Mitwirkung
der Arbeiter-Gesangvereine.

Besichtigung des Gewerkschaftshauses

am Dienstag den 21. März

von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr.

Die Räume des Gewerkschaftshauses stehen

einem verehrten Publikum zur Besichtigung frei.

Für gute Speisen u. Getränke wird bestens

gesorgt. Zu zahlreichem Besuch ladet frdl. ein

Fr. Börner.

Die Gewerkschaftskommission.

Gemeinde-Badeanstalt Bant, Olderoogstraße 12.

Geöffnet wochentags 8 bis 1 Uhr und 3 bis 8 Uhr; Sonnabends
bis 10 Uhr. An Sonn- und Feiertagen von 8 bis 11 Uhr vormittags.
Die Schwibbäder sind für Damen an jedem Montag und Donnerstags
nachmittag, in der übrigen Zeit nur für Herren geöffnet.

Beratet werden außer Reinigungsabködern, alle medizinischen
Bäder, Wannenbäder (Herren- und Damen-Abteilung) 30 Pf., für zwei
Kinder 30 Pf., Brausebäder 15 Pf., für ein Kind 10 Pf. — Dampf-
und Selbstbad 80 Pf., Ganzmassage 70 Pf., Teilmassage 50 Pf., elektr.
Wasserbad 1 Mk., elektr. Bogenlichtbad 2 Mk., elektr. Glühlichtbad 1.50 Mk.,
elektr. Lohstanninbad, Patent Stanger, schwach 2.25 Mk., stark 3.50 Mk. u.
Preislisten in der Badeanstalt erhältlich.

Oldenburgischer Landtag.

15. Plenarsitzung vom Dienstag, 14. März 1911.

Die Verhandlung beginnt um 10 Uhr morgens mit der Fortsetzung der

Veratung der Steuernovelle

und zwar bei Artikel 15.
Zu Artikel 16 hat die Regierung eine andere Fassung beantragt, wonach als Betrag aus den vom Eigentümer oder seinen Angehörigen und ausnahmsweise von Wohnungsinhabern zu leistenden Steuern der Wohnwert (Wohnungswert) zu gelten hat. „Wohnwert“ ist „Wohnwert“ erklärt worden. Der Finanzminister hat Ablehnung dieses Antrages beantragt. Oberfinanzrat Dr. Meyer betont, daß die Regierung keinerlei fiskalische Interessen mit dem Antrag im Auge gehabt hat; sie wolle nur den Luxus treffen.

Abg. v. Penzow erwidert, daß er in dem Antrage dennoch eine fiskalische Motive erblicke.
Abg. Tannen hält den Antrag der Regierung für gerät. Abg. Müller-Wolke wendet sich gegen den Antrag. Der Begriff „Wohnwert“ bedeute eine Zusatzsteuer.

Abg. Junckh schließt sich dem an. Es würde große Schwierigkeiten haben, den „Wohnwert“ einwandfrei festzustellen. Er will sich nicht an die Forderung der Regierung anlassen, sondern sich für einen anderen Weg zu bemühen, der die Besteuerung nicht als Einkommensteuer, sondern als eine besondere Steuer zu betrachten.

Abg. Tannen ist der Ansicht, daß es nur darauf ankomme, wie man den Begriff „Wohnwert“ definiert. Es ist total ungerät, wenn man sich einer künftigen Wohnung stellt, ferner ist es nicht möglich, sich einen bestimmten Betrag für eine bestimmte Wohnung zu leisten. Abg. Junckh und Penzow sprechen für Ablehnung der Forderung nach „Wohnwert“.

Abg. Hug kann diese Forderung des Wohnwertes nicht als eine Zusatzsteuer ansehen und steht auf dem Boden des Steuerantrages. Es bleibt ihm ganz gleich, ob einer 4000 Mk. in Geld und 1000 Mk. in Steuern oder dafür eine künftige Wohnung zu leisten. Wenn ein Steuerpflichtiger in Oldenburg für seine Wohnung 1000 Mk. geben muß, so muß er sie verkaufen. Dem reichen Rentner auf dem Lande mache man ein Geschenk. Ebenso ist es mit dem Anhangsmitglied, dieses müsse keine Zwölftausend oder viertausend Mk. verlieren als „Einkommen“. Den luxuriösen Wohnungsinhaber läßt man frei.

Abg. Junckh teilt diesen Ausführungen entgegen; dann müsse man eine Zusatzsteuer einführen.
Abg. Tannen: Er habe bereits darauf hingewiesen, daß man doch möglichst das wirtschaftliche Einkommen treffen wolle. Man solle doch den Wohnungsinhabern das weitere überlassen; sie werden das richtige treffen.

Abg. Tappenbeck hält den Gedankengang des Antrages für durchaus gesund. Er habe nur Bedenken wegen der praktischen Durchföhrung. Die Forderung der Regierung der Regierung nicht einzuwenden, die Bestimmungen des Wohnungsinhabers zu überlassen. Schließlich müsse man sich bequemen.

Abg. Tannen nennt den Antrag der Regierung ein System der Einkommensteuer; eine Wollt, um jeden Zweck herauszuführen. Dieser Antrag wolle nur das Beste sein, also sei der Antrag gegen das alte Recht gerichtet; dieses werde jenen Vorteil davon haben.

Abg. Tannen vermahnt sich ebenfalls gegen den Vorwurf des Abg. Penzow, als werde er sich mit Unterstützung des Antrages gegen das alte Recht. Man solle einfach die ewige Unmöglichkeit von Stadt und Land herausheben, um es nicht länger zu dulden. Abg. Tannen hält die Forderung künftiger Wohnungen für ganz gerecht. Man müsse doch auch alle verstehen, was man esse und trinke. (Gelächter.)

Der Antrag des Finanzministeriums auf Ablehnung des Steuerantrages wird mit 26 gegen 4 Stimmen angenommen.
Zu Artikel 16 will die Regierung anstelle der Holzgewerbesteuer die Holztragungssteuer einführen. Ein Teil des Ausschusses ist für den bisherigen Zustand und beantragt Ablehnung, der Gesamtzuschlag beantragt für den Fall der Annahme dieses Antrages einen Zuschlag dahingehend, daß neu aufgesetzte Flächen 20 Jahre lang von der Besteuerung ausgenommen bleiben.

Falls der Landtag den Steuerantrag annimmt, wird beantragt, daß Holztragungssteuer nur in Abzug zu bringen sein, wenn es sich um Wiederanbau von Wäldern handelt. Falls dieser Antrag Annahme findet, beantragt der Ausschuß, daß der Betrag aus dem Ergebnisse der Wälder nur mit höchstens zwei Prozent vermindert wird. Die Steuer soll in den ersten 20 Jahren nur zum Teil erhoben werden, im ersten Jahre nur um ein Zwanzigstel.

Abg. Tappenbeck begründet die Anträge und überläßt dem Landtage die Entscheidung.
Oberfinanzrat Dr. Meyer erklärt, daß die Regierung der Frage, ob Holztragungs- oder Holzgewerbesteuer, läßt gegenübersteht. Für den letzteren Fall hält die Regierung es für richtig, daß, wenn aufgesetzte Flächen Erträge ergeben, diese auch zur Steuer herangezogen werden.

Abg. Feldhus wendet sich gegen den Antrag gegen die Holztragungssteuer, wie ihn die Regierungsvorlage vorschlägt. Die Abg. Enckling, Weilerwald, Vanje, Feigelt treten für die Beibehaltung der Holzgewerbesteuer ein.
Abg. Junckh tritt in längeren Ausführungen für die Holztragungssteuer ein und weist deren Vorteile und Nachteile nach. Abg. Dollmann ist der Ansicht, wenn die Holzgewerbesteuer nur vermindert gehandhabt würde, ergäbe sie denselben Betrag wie die Holztragungssteuer. Der Regierungsvorlage würde zur bedenklichen Vermögensentwertung führen.

In der Abstimmung wird der Mehrheitsantrag des Finanzministeriums auf Ablehnung des Steuerantrages mit Mehrheit angenommen, eben so der Antrag, wonach neuangewiesene Flächen 20 Jahre lang steuerfrei zu bleiben sollen.
Ein Antrag will prüfen, ob die Besteuerung der Dienstverpflichteten nach Durchschnittssätzen zu empfehlen ist. Ein Antrag 26 will mit Artikel 19 des Gesetzes einen Abzug zulassen, der lautet: In den Gemeindefällen der eingetragenen Gemeindefälle, die durch die Besteuerung nicht, wie die einzelnen Gemeindefälle, Einkommen oder sonstigen Erträge irgend welcher Art in ihrem eigenen gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betriebe erlangen.

Abg. Tappenbeck weist darauf hin, daß über die Besteuerung der Gemeindefälle schon des öfteren im Landtage gesprochen worden ist. Die gegenwärtigen Bestimmungen entsprechen den praktischen Verhältnissen. Er hoffe, daß der Landtag dem Finanzministerium im Interesse der gleichmäßigen Besteuerung der Gemeindefälle zustimme. Falls der Antrag 26, dann behalte der Ausschuß sich einen Antrag zur 2. Lesung vor, nur die Besteuerung der Konjunkturgenossen zu fordern.

Abg. Dollmann tritt für den Antrag ein.
Oberfinanzrat Dr. Meyer betont, daß es gerecht wäre, entweder alle oder gar keine Gemeindefälle zu besteuern. Wegen des letzteren Falles hat die Regierung nicht das geringste einzuwenden. Von dem Antrag scheidet die Regierung hinterher.

Abg. Tappenbeck weist darauf hin, daß sich der Ausschuß antragt, ein die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts anzufügen. Hinterher von dem Antrage scheidet er nicht.
Oberfinanzrat Meyer will nicht gesagt haben, daß die Regierung Wert darauf lege, sämtliche Gemeindefälle zu besteuern. Der Antrag laufe nur darauf hinaus, alle Gemeindefälle, die nicht Konjunkturgenossen sind, steuerfrei zu lassen. Die Regierung verlange nur Klarheit. Die Frage der Besteuerung der Konjunkturgenossen ist für den Ausschuß ein Problem.
Abg. Feldhus weist darauf hin, daß die Besteuerung der Konjunkturgenossen nur auf Bedingungen des Landtages hin zu bestehen gedenke. Er habe schon mehrfach die Besteuerung der Konjunkturgenossen beantragt, aber diese nicht angenommen. Heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

Abg. Thorade schließt sich dem an.
Oberfinanzrat Meyer bemerkt, er handle sich jetzt um eine Doppelbesteuerung, einmal werden die Mitglieder, dann die Gemeindefälle besteuert. Aber das will ja das Gesetz. Was die Konjunkturgenossen anbelangt, so können für die Überführung in Frage, welchen Zweck diese verfolgen. Die Konjunkturgenossen wollen ihre Mitgliedschaft billiger haben, als sie vom Staat erhalten können. Der Lebenslohn besteht also in der Differenz des Lebenslohn aus der Mitgliedschaft und der Besteuerung. Wenn man die Mitgliedschaft besteuert, dann solle man schon sämtliche Gemeindefälle besteuern, aber heute ein Antrag auf Steuerbefreiung sämtlicher Gemeindefälle, auch der Konjunkturgenossen, gestellt, er würde sofort dafür stimmen.

kommen beziehen, der Betrag von 300 Mk., wenn sie weniger als 1500 Mk. beziehen, 500 Mk. von ihrem steuerpflichtigen Einkommen abziehen können.
Abg. Tannen fragt an, ob eventuell dadurch das Wahlrecht bedingt werden würde.
Oberfinanzrat Meyer bejaht das bezüglich des Gemeindewahlrechts.

Abg. Hug erklärt sich namens seiner Freunde gegen den Antrag. Er enthält für einzelne ein Steuerprivilegium, das er nicht gutmachen könne, obwohl er den Vereinen einen ausserordentlichen Zuschuß gebe.
Der Antrag wird mit Mehrheit angenommen.

In einem weiteren Antrage des Ausschusses wird zu Art. 25, Steuerbefreiung betreffend, ein Antrag angenommen, der eine Steuerbefreiung der Steuerformulare vorschlägt und genau festlegt, in welcher Weise die Veranstaltung zu erfolgen hat und vor allem die genaue Feststellung des Beschäftigten bezeichnet.
Die weitere Beratung des Beschlusses wird auf Mittwoch morgen 10 Uhr vertagt.

Gewerkschaftliches.

Bahnarbeiter der Hamburger Schiffahrtsangehörigen.

Die im Bereich der Hamburger Reeder zusammengefaßten Schiffahrtsangehörigen, die mit Rücksicht auf die veränderten Lebensbedingungen seit dem 1. Januar d. J. schon an eine Zahlung von Ankerungsgebühren durch die Mannschaften Verzicht geleistet haben, haben jetzt beschlossen, am 1. April d. J. eine allgemeine Erhöhung der Löhne durchzuführen und zwar für Matrosen, Heizer und Kesselbesetzer um 3 Mark und für die höchsten Chargen um 5 Mark monatlich. Weiter wird den Reedereien empfohlen, den Reuten in Zukunft eine Dienstalterszulage von 3 bis 5 Mk. zu gewähren.

Die sogenannte Aufbesserung ist so bescheiden niedrig, daß sie dieser in den letzten Monaten dringend bedarf, und nicht in ihrer jämmerlichen Kleinigkeit auch dem Auge des dümmsten Seemanns sofort sichtbar zu werden. Nun brühen die Reeder sich damit, daß die Verhältnisse „aus eigener Initiative“ herorgegangen sind, obgleich die Seeleute seit Jahren auf eine Erhöhung der Löhne, eine Regelung des Lebensunterhaltes usw. gedrängt, um sie gekämpft haben. Ja, erst vor etwa 14 Tagen hat der Seemannsverband bei den Reedereien Forderungen eingereicht, die nun „aus eigener Initiative“ zum Teil erfüllt sind. Bei Betriebsbeginn von vierzig Millionen pro Jahr, ist es lächerlich, von einer „erheblichen Belastung“ des Gagenetats zu sprechen. Die Gewinne wollen die Reeder und Aktionäre nicht mindern, die Mannschaften aber, die ihnen unter Hintanhaltung ihres Lebens die Gewinne bringen, wollen sie mit einem Hungerlohn abfinden. Wenn sie jetzt einen Teil der Forderungen der Seeleute erfüllt haben, so lösen sie damit nur zum Teil eine alte, alte Schuld ein.

Literarisches.

Polizeigesetze und Ausnahmestellen. 1878-1910.

Ein Beitrag zur Geschichte der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Von Eugen Emil. Mit 13 Illustrationen, bestehend in der Darstellung eines Spiegels sowie interaktive Polizeidokumente. Preis brosch. 2,50 Mk., gebunden

Trost & Wehlau
Schuhmachermeister
Bant, Wilhelmsh. Straße 70
Fernsprecher 267
Wilhelmsh., Bismarckstr. 95
Fernsprecher 352
halten sich bei Bedarf in Schuh-
waren bestens empfohlen.

Variété Edelweiss.

Ab Donnerstag den 16. März:
Auftreten des

Variété- und Possen-Ensembles
... „Glockenklang“ ...

zur Zeit mit großem Erfolge gastierend
im Variété z. Eisenbahn, Höchst a. M.
Was Bier 10 Pf.

Eduard Dittmann
Buch- u. Papierhandlung
Bant, Rüstherlstraße 2.

Lieferung sämtlicher Zeitschriften und
Modelljournale. — Bezugsquelle für
Private- und Vereins- Bibliotheken.
Anfertigung von Kunstschaffensplanen,
Großes Lager von Anstich- und
Kunstdruckarten. — Reiche Auswahl
in Broschüren politischen und gewer-
schaftlichen Inhalts.

Lanolin-Creme
1 Dose 8 und 15 Pf.

**Glycerin
Cold-Creme.**

J. H. Cassens,
Schwarz u. Bant, Peterstr. 42.

Billetblocks bei Paul Hug & Co.

Oeffentl. politische Versammlungen
Sonntag den 19. März 1911
5 große Frauen-Versammlungen

und zwar:

Rüstringen-Wilhelmshaven mittags 1 Uhr im Sadewassers Tivoli, Heppens
Rednerin Frau Ottilie Gaader, Berlin.

Delmenhorst mittags 2.30 Uhr bei H. Sittte (Oldenburger Hof)
Redner Redakteur Richard Wagner, Braunschweig.

Einwarden abends 8 Uhr bei Gastwirt Roth, Tivoli
Redner Landtagsabgeordneter Julius Meyer, Bant.

Nordenham nachmittags 4 Uhr bei J. Köhner
Redner Landtagsabgeordneter Adolf Schulz, Bant.

Oldenburg abends 6 Uhr in der Tonhalle zu Osterburg
Rednerin Frau Ottilie Gaader, Berlin.

Tagessordnung:

Das Frauenwahlrecht eine Kulturforderung.
Freie Diskussion.

Frauen des arbeitenden Volkes! Es gilt in diesen Versammlungen wirksam zu demonstrieren für das gleiche politische Recht der Frauen, das Staat und Gesellschaft Euch heute unberechtigter Weise vorenthalten. Die Frauen haben heute hohe soziale und staatsbürgerliche Pflichten zu erfüllen; Millionen von Frauen schaffen täglich Werte im Dienste des Kapitals durch Verkauf ihrer Arbeitskraft; die Frauen haben die wichtigste Aufgabe der Gesellschaft zu erfüllen: die Gedärung und Erziehung des Nachwuchses. **Aber die Frauen sind dennoch völlig rechtlos, noch rechtloser als der Mann, der Arbeiter.** Deshalb, Arbeiterfrauen, müht Ihr Euch das gleiche Recht erkämpfen. Nur durch zähen Kampf werdet Ihr es den heutigen Machhabern abringen. Die Versammlungen am 19. März, die einheitlich in ganz Deutschland stattfinden, sollen ein wesentlicher Schritt dazu sein. Auf, deshalb, in Massen in die Versammlungen! Auch Ihr, Männer, unterstützt wirksam die Demonstration Eurer Frauen und Kollegeninnen. Fordert sie auf zum Besuch und geht auch selbst mit in die Versammlungen. Vor allem: **Keine Frau bleibe der Versammlung fern!**

Der Einberufer

Ad. Schulz, Bant, Peterstraße.

Delmenhorst.
Am Sonntag den 19. März 1911
im Delmenhorster Schützenhause:
März-Feier
der Delmenhorster Arbeiterschaft
bestehend in
Festrede, Gesangsvorträgen, Theater-
aufführungen u. Tanz.
Festredner: Redakt. R. Wagner-Braunschweig
Anfang 5 Uhr nachm. Ende 2 Uhr nachts.
Kartenpreise: Im Vorverkauf Herrenkarte 50 Pf.,
Damenkarte 20 Pf.; an der Kasse Herrenkarte 60 Pf.,
Damenkarte 25 Pf.
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlich ein
Der Bildungsausschuß.

Wir beabsichtigen unser
Grundstück an der Holtermannstr.
— Eine Aichreihe — in Heppens, groß 2655 Quadrat-
meter, durch einen solventen Unternehmer für seine Rechnung
bebauen zu lassen, wogegen wir bei Zahlung unseres
Selbstkostenpreises die Hypothekenregulierung übernehmen
würden. Reflektanten wollen sich mit uns in Verbindung setzen.
Ziegelverkaufsverein Wilhelmshaven.
W. m. b. H. in Liq.

Trost & Wehlau
Schuhmachermeister
führen **Schuhwaren** von den
einfachsten bis zu den elegantesten
in nur modernsten, gut passenden
Formen. Speziell außerordentlich
gut gearbeitete **Schulstiefel** für
Knaben und Mädchen.

Wer?

mit seiner Uhr nicht zufrieden ist, der
lasse sie reparieren beim
Uhrmacher Heinrich Rhein
Heppens, Friederikenstr. 27.

Märzfeier
der Arbeiterschaft von Rüstringen-Wilhelmshaven
Sonnabend d. 18. März
abends 8 1/2 Uhr, in Sadewassers Tivoli
bestehend in
Gesangsvorträgen des **Gesangsverein Froh-
sinn** und des **Frauenchors** sowie Vortrag über:
Die Bedeutung des 18. März
Redner: **Reichstagsabg. C. Severing**
aus Bielefeld.
Die organisierte Arbeiterschaft wird zu dieser
März-Gedenkfeier freundlichst eingeladen und wird
zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand des sozialdem. Wahlvereins.

Wir haben eine Partie
rote Junker-Kartoffeln
billig abzugeben.
Wefer & Högemann,
Bant, Börsestraße 46.

Wille's echte Doure Portweine
zu haben in
Kolonialwaren- und Delikatess-Geschäften.
Carl Wille, Hoflieferant, Oldenburg.
: Nordwestdeutsches Wein-Importhaus. :

Trauerbriefe etc. fertigt an Paul Hug & Co.

Trost & Wehlau
Schuhmachermeister
führen nur
erstklassige Schuhwaren
für deren Güte und Haltbarkeit
unbedingt garantiert wird.

Banter Volksfische.
Messumfrage.

Donnerstag: Grüne Erbsen m. Schweissel.



Consul

der 1ste mit Menschenkenntnis
abfoliert ab 16. März ein
14 tägiges Waispiel im

Variété Adler

- Consul liebt sich wie ein Mensch.
- Consul ißt und trinkt am Tisch wie ein Mensch.
- Consul raucht Zigaretten wie ein Mensch.
- Consul entleitet sich und geht zu Bett wie ein Mensch.
- Consul produziert sich als Kunststradafahrer.
- Consul lebt nicht in einem Käfig, sondern in einer Privatwohnung, in der Familie seines Besitzers.
- Consul erregt überall das allergrößte Aufsehen und bildet, wo er auftritt, das Stadtbildgespräch.
- Consul ist gegen Todesfall mit einer 1/2 Million versichert.
- Consul besitzt eine außerordentlich intelligente, die nur derjenige begreift, der ihn auf der Bühne gesehen hat.

Dazu das
Blatzheim-Burlesken-Ensemble
mit neuen Schlagern und Spezialitäten-Programm.
Vorverkauf während des Consul-Waispiels nur im Variété Adler.

Gebrauchte Sofas und Matratzen
werden gut und billig aufgekauft.
Fr. W. Fischer
Tapezierer und Dekorateur
Wilhelmshavener Straße 1, 1. Etg.

Trost & Wehlau
Schuhmachermeister
haben eine große Werkstatt im
Bant, wo jede Reparatur
sowie Anfertigung nach Maß,
speziell für frane und empfindliche
Häße, in kürzester Zeit aus-
geführt wird.